



Kleines Insekt ganz groß

Unsere Nahrungskette funktioniert nicht ohne Bienen. Und auch wir Großstädter*innen können helfen, sie zu retten. [Seite 6](#)



Grün = Sozial

Der Neuköllner Sozialbericht zeigt auf, was im Bezirk immer noch im Argen liegt. Unser Sozialstadtrat handelt. [Seite 2](#)



Willkommen in Neukölln!

Eine Syrerin erzählt von ihrer Flucht und dem schwierigen Ankommen in der neuen Heimat. [Seite 4](#)

Neuköllner Stachel

Bündnis 90 / Die Grünen (Europäische Grüne Partei) in Neukölln | Nr. 184, Ausgabe 1 / 2016

NEUKÖLLN VOR DEM FAHRRAD-VOLKSENTSCHEID

Auf die Räder – fertig – los!



Auch mit öffentlichen Aktionen kämpfen wir für mehr Radwege in Neukölln. Foto: Anne Geib

Seit einigen Jahren ist es unüberschaubar: Das Fahrrad hat sich in der Berliner Innenstadt (wieder) zu einem echten Massenverkehrsmittel entwickelt. Immer mehr Menschen steigen aufs Rad und immer deutlicher wird der Mangel an guter Fahrradinfrastruktur. Es fehlt an Bügeln, um die Räder sicher anzuschließen, sicheren Fahrradstraßen und gekennzeichneten Streifen. Im Idealfall sollte gute Verkehrspolitik solche Trends vorhersehen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Doch Rot-Schwarz wurde von der Realität überholt. Immer mehr Verkehrstopfer und Konflikte auf den Straßen sind das traurige Ergebnis.

In Neukölln, wo diese beiden Parteien ebenfalls zusammen regieren, sind die Probleme besonders heftig. Grüne Anträge zum Fahrradverkehr wurden in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

regelmäßig abgelehnt. Doch jetzt bewegt sich etwas!

Junge Initiativen mischen die Politik auf

Vor etwa einem Jahr wurde das "Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln" als Zusammenschluss von Aktiven, Bürger*innen und Akteur*innen der Neuköllner Wirtschaft gegründet. In kürzester Zeit hat sich das Netzwerk einen Namen im Bezirk gemacht; es fällt durch politische Arbeit ebenso auf wie durch öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die "Husten – Wir haben ein Problem"-Demo am Rathaus. Mittlerweile fordern mehr als 60 Neuköllner Gewerbebetriebe mit ihrem Namen eine andere Verkehrspolitik. Seit die Initiative „Volksentscheid Fahrrad“ Ende 2015 an die Öffentlichkeit ging, ist endlich auch neuer Schwung in die Verkehrsdebatte auf Landesebene gekommen.

Seinen Ursprung nahm der Volksentscheid im Sommer 2015 mit einem Workshop verschiedener Fahrrad-Initiativen, um gemeinsam die Wahl 2016 zu begleiten. Seitdem wächst die Bewegung stetig und bündelt das Engagement von mehreren hundert Freiwilligen. Die etablierte Zivilgesellschaft tat sich zunächst schwer mit den teilweise radikal anmutenden Ideen. Doch mittlerweile wurden die Debatten geführt, Positionen geklärt

und neben dem VCD Nordost, dem Fuss e.V, Greenpeace und vielen weiteren unterstützt nun auch der ADFC Berlin das Projekt.

Die SPD rund um ihren Verkehrssenator Geisel und den Neuköllner Stadtrat Blesing ist merklich aufgeschreckt. Das Fahrrad ist plötzlich auch in deren Munde und lose Versprechen nach besserer Infrastruktur und neuen Investitionen nicht weit. Doch mit Absichtserklärungen werden die Berliner Radler*innen schon seit vielen Jahren abgespeist und ihr Vertrauen darin ist verständlicherweise auf dem Tiefpunkt. Deshalb unterstützen die Grünen den Volksentscheid – denn nur so finden die Probleme der Straße das Gehör der Politik.

Auch in der Neuköllner BVV drehte sich der Wind: Ein Antrag der Grünen Fraktion erhielt überraschend die Mehrheit. Unser Bezirk bewirbt sich nun um Mittel des Bundesumweltministeriums, um am U-Bahnhof Rudow ein Fahrrad-Parkhaus zu errichten. Zuvor verwies SPD-Stadtrat Blesing noch auf Personalmangel, doch der Druck der Fahrrad-Aktiven, Motivation innerhalb der Verwaltung und sicher auch der nahende Wahlkampf haben dem Anliegen geholfen.

Abgehängt statt Vorbild

Doch große Veränderungen sind von Rot-Schwarz nicht zu erwarten. Die Koalition verweist darauf, dass sich Radverkehr nicht per Gesetz verordnen lasse und



Mit mehr Fahrradstraßen in Neukölln ein Gegenmodell zum Autochaos aufzeigen

Dieses Jahr wurden die ersten Fahrradstraßen in Neukölln beschlossen. Diese sollen zeigen, wie Stadtverkehr jenseits von Staus und Abgasen anders, besser und nachhaltiger funktionieren kann. Diesen Weg wollen wir weitergehen und uns für weitere Fahrradstraßen einsetzen. Durch die Beteiligung der Neuköllner*innen wollen wir die genaue Ausgestaltung planen und umsetzen.

man die Fehler der autogerechten Stadt nicht durch Fehler der fahrradgerechten Stadt ersetzen dürfe. Schwache Ausreden für die faktische Untätigkeit: In den letzten fünf Jahren sind rund 4,5 Mio € Budget für Radfahrer*innen einfach verfallen und das, obwohl Berlin ohnehin nur 3,80 € pro Kopf und Jahr für Radverkehr eingeplant hat – mehr als ein Weizenbier ist dem Senat dieses ökologische und stadtverträgliche Verkehrsmittel nicht wert.

Druck wirkt – werde auch Du Fahrrad-Aktivist*in ...

... beim Volksentscheid Fahrrad Erzähle Deinen Freund*innen und allen Menschen um Dich herum von der Initiative „Volksentscheid Fahrrad“. Und vor allem: Hilf dem tollen Team dabei, sein ambitioniertes Projekt zum Erfolg zu führen. Der Volksentscheid braucht 20 000 Stimmen in der ersten und 170 000 Stimmen in der zweiten Phase. Dafür benötigst du neben Deiner Unterschrift auch Spendenmittel. Alle wichtigen Infos dafür findest Du auf www.volksentscheid-fahrrad.de/unterschreiben

... beim Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln Engagiere Dich für Deinen Bezirk! Das Netzwerk Fahrradfreundliches Neukölln trifft sich einmal im Monat zu einem offenen Arbeitsplenum. Die aktuellsten Nachrichten sind auf der Facebook-Seite zu finden: www.facebook.com/FahrradfreundlichesNeukoelln

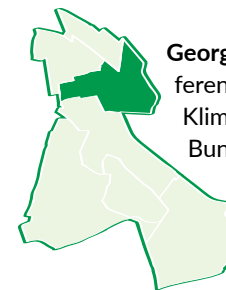


Mehr Platz für Dein Fahrrad!

Niemand lässt sein Fahrrad gerne an Verkehrsschildern, Bäumen oder Laternen zurück. In Neukölln bleibt einem aber oft nichts anderes übrig. Vor allem an S- und U-Bahnhöfen und an Hauptverkehrsstraßen fehlen Ständer und Bügel.

Wir haben daher gefordert, 400 neue Fahrradbügel aufzustellen – der Antrag wurde 2015 abgelehnt. SPD-Baustadtrat Blesing versprach stattdessen, allen Hinweisen auf konkrete Standorte nachzugehen, an denen Bügel benötigt werden.

Mit einer Postkartenaktion nehmen wir ihn nun beim Wort. Auf der Karte können Bürger*innen ihren Wunschstandort eintragen und direkt ans Bezirksamt schicken. Auch per Mail an bau@bezirksamt-neukoelln.de kann man sich daran beteiligen. Die Karte gibt es in unserer Geschäftsstelle, an unseren Infoständen und in vielen Neuköllner Kneipen und Cafés. Seit Jahren setzen wir uns für ein fahrradfreundliches Neukölln ein. Einen Überblick über unsere Forderungen und Ziele dafür gibt es auf unserer Sonderseite gruene-neukoelln.de/fahrrad.



Georg Kössler ist wissenschaftlicher Referent für Energiepolitik im Bundestag, Klima-Aktivist und Sprecher der grünen Bundesarbeitsgemeinschaft Energie. Er tritt an für den Wahlkreis 3. Mehr Infos unter gruene-neukoelln.de/koessler



STADTEIL RUDOW

Landidylle mit U-Bahn-Anschluss



Der Blick vom Dörferblick in Richtung Gropiusstadt Foto: Kalle Erlacher

man linker Hand unsere alte Dorfkirche. Die Ursprünge Rudows gehen bis ins 14. Jahrhundert zurück, genau wie auch dieses vermutlich von Zisterziensermönchen aus dem Kloster Lehnin erbaute Gotteshaus. Rechter Hand sieht man ein Gebäude, das früher die alte Schmiede war und jetzt einen Blumenladen und ein Fitnessstudio beherbergt. Als bald stößt man auf den ‚Ku‘-Damm‘ Rudows, die Straße Alt-Rudow, schräg gegenüber die Alte Dorfschule. 2001 wurde der Schulbetrieb eingestellt und das Gebäude wurde Heimstätte eines sehr regen Kulturvereins (kulturverein.dorfschule-rudow.de). Linker Hand an der Ecke ebenfalls ein geschichtsträchtiges Gebäude: Die Gaststätte ‚Zum alten Krug‘, erstmals 1375 erwähnt und vermutlich das älteste Haus im Stadtteil.

Würde man nun links abbiegen, käme man zur Rudower Spinne, ein Knotenpunkt von acht Straßen und Standort der U-Bahn-Endstation. Biegt man jedoch rechts auf die Straße Alt-Rudow ab, passiert man als bald rechter Hand den Dorfteich und auf der linken Seite die katholische Kirche. Die nächste Möglichkeit, nach rechts abzubiegen, führt uns auf die Krokusstraße, die ihrerseits auf die Prierosser Straße mündet – und wir beenden unseren Rundgang.

Erholung zwischen Eiszeitüberbleibseln und Trümmern

Auch landschaftlich hat Rudow einiges zu bieten, etwa das Rudower Fließ. Der Wasserlauf, der vom Bildhauerweg aus in südwestliche Richtung fließt, hat seinen Ursprung vor rund 12 000 Jahren durch das Schmelzwasser am Ende der letzten Eiszeit. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde das Ufer begründet und das Bachbett einbetoniert, was in den 1980ern weitgehend wieder rückgängig gemacht wurde. Nunmehr präsentiert sich das Fließ als idyllischer Wasserlauf, bestens geeignet für Naherholung, Sport und Entspannung. Und da wir gerade bei Gewässern sind: Seen gibt es in Rudow auch, wenn auch recht kleine, nämlich die sogenannten Pfühle. Die ältesten Pfühle gehen in ihren Ursprüngen ebenfalls auf das Ende der letzten Eiszeit zurück.

So – jetzt fehlen nur noch die Berge... und auch die gibt es in und um Rudow. Zwar im Kleinformat und ursprünglich als Müllhalde oder Trümmerberg künstlich geschaffen, aber nichtsdestotrotz schön grün und beliebte Ausflugsziele: die Rudower Höhe (Höhe: 70 Meter) und der Dörferblick (Höhe: stolze 86 Meter).

Sie sehen: Unser südlichster Neuköllner Stadtteil hat es in sich. Überzeugen Sie sich selbst!

Susanne Lippert-Gulich

INHALTSVERZEICHNIS

- Seite 2:** Auswertung Sozialbericht Neukölln Neuköllner*innen im Gespräch Soziale Politik gegen Wohnungsnot
- Seite 3:** Grüne Mietenpolitik Gemeinnütziger Wohnungsbau Neukölln unterm Hammer Friedhöfe zu Unterkünften
- Seite 4:** Flucht von Homs nach Berlin Grüne Flüchtlingspolitik
- Seite 5:** Gute Flüchtlingsunterbringung Unterkunft Buckower Felder Spielerische Integration
- Seite 6:** 10 Jahre Aktionsbündnis Rudow Rote Karte gegen Rechte im Sport AfD – Keine Alternative für Berlin Öffentliche Ehrung von Rassisten
- Seite 7:** Essbare Stadt Klimaschutzkonzept für Neukölln Zukunftsfähige Ernährung What's up, Abgeordnete?
- Seite 8:** I love my Späti – jeden Tag! Volksentscheid Demokratie Mehr Mitbestimmung wagen Sicher im Netz

SOZIALBERICHT NEUKÖLLN - AUSWERTUNG UND SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wo Neukölln ist, ist hinten – wir wollen das ändern!

Anfang 2016 hat das Bezirksamt einen neuen Sozialbericht veröffentlicht, der auf Basis der Daten aus 2014 die Berliner Bezirke vergleicht. Danach hat Neukölln mit 13,7 % nach Mitte die

Der Sozialbericht kann hier als PDF-Datei heruntergeladen werden: gruenlink.de/1640

zweithöchste Arbeitslosenquote in Berlin. Die Arbeitslosenquote der Neuköllner*innen ohne Migrationshintergrund liegt - etwa 2 % über dem Landesdurchschnitt - bei 10 %, bei Migrant*innen steigt sie mit 19,7 % auf fast doppelt so viel und bei Neuköllner*innen ohne deutschen Pass auf 22,1 %. Etwa 7,3 % sind langzeitarbeitslos und die Jugendarbeitslosigkeit beträgt 5,3 %. Fast ein Viertel der Bevölkerung lebt in Haushalten ohne Erwerbstätige, fast jedes vierte Kind ist davon betroffen. Besonders



Häufig scheitern Dinge in Neukölln nur am Geld

hoch ist die Arbeitslosigkeit in der Weißen Siedlung, der High-Deck-Siedlung und in Neubritz. Um dem entgegen zu wirken, brauchen wir im Bezirk dauerhaft eine aktive Beschäftigungspolitik, insbesondere für Langzeitarbeitslose und Menschen mit Förderungsbedarf, eine unabhängige Ombudsstelle, die Menschen bei Problemen mit dem

Jobcenter hilft und eine Jugendberufsagentur vor allem für die, die Unterstützung am nötigsten brauchen.

Schlechte Spitzenplätze

28,5 % der Neuköllner*innen sind von Transferzahlungen abhängig, so viele wie sonst nirgendwo in Berlin. Bei der Altersarmut nimmt

Neukölln Rang drei ein. Insgesamt waren 2014 hier 21,5 % der Bevölkerung von Armut bedroht, der höchste Wert aller Bezirke, die Kinderarmut beträgt 50,2 % (Berlin: 32,1 %). Fast jedes fünfte Kind lebt bei Alleinerziehenden mit SGB-II-Bezug, bei den Eltern mit SGB-II-Bezug sind es sogar 32,1 % (Berlin: 17,1 %). In einigen Gebieten beträgt der Anteil der Kinderarmut zwischen 65 % und 77 %. Bei den Einschulungsuntersuchungen wies fast die Hälfte der Kinder Sprachdefizite auf und hatte gesundheitliche Probleme. Bei der Zahl der Kita-Besuche über zwei Jahre nimmt Neukölln den letzten Rang ein und auch die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen ist mangelhaft. Materielle Armut führt oft dazu, dass die Gesundheit von Kindern schon früh leidet und ihre Bildungschancen sinken. In

Deutschland hängt der Bildungserfolg besonders stark von der sozialen Herkunft ab und so wächst über Generationen die Gefahr, dass sich Armut verfestigt. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, wollen wir ein Netzwerk gegen Kinderarmut schaffen, in dem die unterschiedlichen Verwaltungen, Institutionen und Organisationen gemeinsam Hilfe und Begleitung leisten. Neukölln belegt den letzten Rang aller Bezirke im Sozialindex, die Hälfte der Bevölkerung lebt in Regionen mit sehr niedrigem oder niedrigem Statusin-

dex. Dazu zählen längst nicht nur die Weiße Siedlung und die High-Deck-Siedlung, sondern auch die Treptower Straße Nord, der Hertzbergplatz, die Wissmannstraße sowie Neubritz. Dies sind Gebiete mit besonderem Aufmerksamkeitsbedarf und hoher sozialer Belastung, die über keine Förderung wie in QM-Gebieten verfügen. Ein QM z.B. in Neubritz könnte helfen, soziale und städtebauliche Projekte gemeinsam mit der Bevölkerung zu verwirklichen und die Lage hier zu verbessern.

Bertil Wewer
BVV-Fraktion

Durch längeres gemeinsames Lernen bessere Bildungschancen für alle schaffen!

Schwächere Schüler*innen werden in Neukölln viel zu oft einfach aussortiert: im Probejahr am Gymnasium, in den Umsteiger*innenklassen an Sekundarschulen oder in ethnisch getrennten Klassen. Wir wollen diese Ausgrenzung beenden und durch gemeinsames Lernen Bildungschancen verbessern. Langfristig soll die Gemeinschaftsschule zur Regelschule werden.

NEUKÖLLNER*INNEN IM GESPRÄCH

„Neukölln macht es leicht, Menschen kennenzulernen“

Als achten Interviewpartner der Reihe „Neuköllner*innen im Gespräch“ treffe ich dieses Mal Iosif Stavarache. Er ist 16 Jahre alt, in Bukarest geboren und seit 2009 Neuköllner, als seine Eltern nach Berlin zogen. Iosif lebt seitdem im Körnerkiez. Kurz nach seiner Ankunft lernten wir uns bei einer Ferien-Umweltaktion auf dem Schierker Platz kennen. Damals lief die Verständigung zu großen Teilen mit Händen und Füßen. Seit längerem schon gehört Iosif zu den besten Schüler*innen seiner Schule und wird gerne als Beispiel für Bildungshunger und gelungene Integration benannt. Derzeit spielt

er Gitarre und ist im Jugendtheaterclub P14 der Volksbühne aktiv. Das „Du“ im Interview ist unserer langen Freundschaft, nicht seinem Alter geschuldet.

Iosif, was ist für Dich das Besondere an Neukölln?

In Neukölln leben so viele Menschen aus verschiedenen Nationen. Dies ist meiner Ansicht nach die große Besonderheit des Bezirks. Die Menschen gehen hier meist respektvoll miteinander um. Sie berücksichtigen die Unterschiede der Kulturen oder Religionen. Neukölln macht es leicht, Menschen kennenzulernen, wenn man dafür offen ist. So entstehen keine Vorurteile oder sie werden schnell beseitigt. Ich fühle mich hier sehr sicher, weil ich hier eher vor rassistischen Angriffen und Beleidigungen geschützt bin, als in anderen Teilen Berlins.

Und, das darf ich nicht vergessen: Ich liebe meinen Körnerkiez. Einerseits finde ich den Parkbereich toll, die grüne Insel im Häusermeer. Andererseits mag ich die klar strukturierte, geometrische

Wie war das für Dich, in Neukölln anzukommen?

Ich war erst kurz in Berlin und unterwegs, die Nachbarschaft zu er-

kunden, da habe ich Dich und die Leute vom Umweltprogramm auf dem Schierker Platz getroffen. Die erste Verständigung war schwer, aber das Programm hat mir viel Spaß gemacht. Das war auch mein erster Kontakt zum Nachbarschaftsheim Neukölln. Ich habe dort fünf Jahre lang sehr viel Zeit verbracht, neue Freunde kennengelernt und Gitarre spielen gelernt.

Hier im Nachbi habe ich auch zum ersten Mal Theater gespielt. Wir haben mit unserer Gruppe einen Preis gewonnen, der es uns ermöglicht hat, für eine Zeit lang eine professionelle Gruppe aufzubauen und eine Theaterpädagogin einzustellen. Mit unserem Stück zu Vorbildern aus der Roma-Community kamen wir mit der Volksbühne und dem Jugendtheaterclub P14 in Kontakt. Das hat mir Türen geöffnet. Ich habe dort inzwischen schon in zwei Produktionen mitgespielt.

Wenn Du regieren könntest und die Entscheidungen für den Bezirk

triffst, was würdest Du als wichtigste Probleme sehen, die gelöst werden sollten?

Wir brauchen im Bezirk eine umweltfreundlichere Politik. Es müsste mehr für den Fahrradverkehr getan werden. Viele Menschen sind mit dem Rad unterwegs, aber

auf den Straßen wird immer noch das Auto bevorzugt. Wenn

Fahradspuren vorhanden sind, stehen da oft Autos drauf. Auch wichtig ist die Mietensituation. Einerseits finde ich schön, dass sich der Bezirk verändert und ein wenig schicker wird, aber die dadurch steigenden Mieten sind problematisch. Sie verjagen die Menschen mit weniger Geld aus dem Kiez. Das ist nicht gut.

Ich würde gerne auch größere Spielplätze mit einem besseren Angebot für die Kinder bauen. Es gibt zu wenig Platz für die vielen Kinder hier. Ich würde mir auch

einen freien Tennisplatz wünschen. Warum gibt es so etwas nicht im Neuköllner Norden? Es ist sicher nicht verwunderlich, dass ich mir auch viel mehr Kindertheaterprojekte wünsche. Theater ist wichtig, um seinen Gefühlen Raum zu geben. Dort kann man Wut, Angst, Glück und Liebe zeigen.

Was sollen die Grünen in Zukunft (für Kinder und Jugendliche) machen?

Macht weiter so wie bisher. Ich denke, die Stimmen der Jugend habt Ihr hier in Neukölln. Nun ja, und dann ist da das leidige Geldproblem... Neukölln hat zu wenig Geld, um alle Aufgaben zu bewältigen, da muss sich was ändern und das Geld muss nachhaltig eingesetzt werden. Ich wünsche mir auch, dass etwas dafür getan wird, dass Neukölln attraktiver wird. Dann müsst Ihr aber aufpassen, dass es keine negativen Folgen gibt und z.B. Mietsteigerungen verhindert oder begrenzt werden.

Das Interview führte Christian Hoffmann.



Foto: Christian Hoffmann



Impressum:

Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Neukölln
Redaktionsadresse:
Neuköllner Stachel,
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln,
Berthelsdorfer Straße 9, 12043 Berlin
V.i.S.d.P.:
Annette Heppel
annette.heppel@gruene-neukoelln.de

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe:

Meike Berg, Jochen Biedermann, Timm Büchner, Kalle Erlacher, Wolfgang Ewert, Peter Feldkamp, Annette Heppel, Christian Hoffmann, Susanna Kahlefeld, Antje Kapek, Hannah König, Anja Kofbinger, Christian Kölling, Georg Kössler, Susanne Lippert-Gulich, Kerstin Meyer, Rhea Niggemann, Lisa Paus, Anja Schillhaneck, Katrin Schmidberger, André Schulze, Sibylle Steffan, Bernd Szczepanski, Samira Tanana, Oliver Timm, Daniel Wesener, Bertil Wewer, Gabi Vonnekold

Layout:

Kalle Erlacher
kalle@kaerl.de
Druck:
EversFrank Berlin
Auflage:
25000

Vorstandssprecher*innen:

Rhea Niggemann
rhea.niggemann@gruene-neukoelln.de
Andreas Audretsch
andreas.audretsch@gruene-neukoelln.de

Internet: www.gruene-neukoelln.de

E-Mail: stachel@gruene-neukoelln.de

Die Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. von Bündnis 90/Die Grünen Neukölln wieder. Für mit vollem Namen gezeichnete Beiträge übernimmt die*der jeweilige Autor*in die Verantwortung.

Wir versuchen einseitig geschlechterspezifische Begriffe zu vermeiden. Falls das nicht möglich ist, nutzen wir den Genderstern.

MIETSCHULDENÜBERNAHME DURCH DAS JOBCENTER NEUKÖLLN

Soziales Handeln verhindert Wohnungslosigkeit

Gemäß § 22 Sozialgesetzbuch (SGB) II kann das Jobcenter (JC) die Mietschulden von Leistungsbeziehenden übernehmen, wenn der Verlust des Wohnraums droht. Die Praxis der Berliner JC bei der Bewilligung von Anträgen auf Mietschuldübernahme ist jedoch sehr unterschiedlich. Im Grunde hängt es von den Bearbeitungsteams ab, wie die Entscheidungen ausfallen. Das Neuköllner JC hatte eine Ablehnungsquote von 90 Prozent, während der Berliner Durchschnitt zwischen 40 und 50 % liegt.

Einer der Hauptgründe war, dass 2005 bei Inkrafttreten des SGB II – umgangssprachlich Hartz-IV – vom damaligen Bürgermeister Buschkowsky die Wohnhilfe vom Sozialamt ins JC verlagert wurde. Diese Entscheidung war in der Sache vollkommen falsch und irrational, denn die Kosten der

Unterkunft blieben weiterhin kommunale Angelegenheit. Das Amt für Soziales verlor damit jedoch den Einfluss auf die Entwicklung der Unterkunftskosten und konnte Menschen bei Schwierigkeiten mit ihrer Wohnung nicht mehr helfen. Es wurden sogar sämtliche Sozialarbeiter*innenstellen gestrichen – damit war die soziale Wohnhilfe praktisch tot!

Dem Ganzen lag wohl die Überlegung zugrunde, dass der Bezirk nunmehr für die kommunalen Angestellten im JC nur noch seinen Kostenanteil von 15,2 % der Entgelte zu zahlen hatte. Die eingesparten Finanzmittel gingen in die „Leuchtturmprojekte“ – insbesondere im Bildungsbereich, aber auch in den Gutshof Britz flossen erhebliche Summen. Leidtragende waren die verbleibenden

Mitarbeiter*innen im Sozialamt – und Menschen mit Mietschulden und Wohnungsproblemen. Die Kosten für Unterbringungen und Unterstützungsmaßnahmen für Wohnungslose explodierten und erreichten die drei- bis vierfache Höhe der anderen Bezirke.

Zum Glück zog der Senat Anfang 2012 die Notbremse und bewilligte dem Bezirk acht Stellen in der sozialen Wohnhilfe. Seitdem versucht die Abteilung Soziales, steuernd in die Entwicklung der Wohnungslosenproblematik einzugreifen. Das ist eine Sisyphusaufgabe, denn der Wohnungsmarkt ist für Menschen mit geringem Einkommen praktisch zusammengebrochen. Die Versäumnisse in der Wohnungsbaupolitik des Senats haben ebenso zu katastrophalen Verhältnissen für diese Menschen geführt wie die jahrelange Weigerung von SPD und CDU in der BVV Neukölln, im Bezirk Schutzinstrumente für Mieter*innen zu beschließen. Wer den langen Kampf

der Grünen (und auch der anderen Oppositionsfaktionen) für Milieuschutzgebiete verfolgt hat, sieht erstaunt, wie sich die SPD plötzlich als Mieter*innenschutzpartei präsentiert – als wäre sie schon immer dafür gewesen! Da ist die CDU konsequenter, die weiterhin unbeirrbar an der Ablehnung von Milieuschutz festhält.

Aufgrund einer Vereinbarung mit der JC-Geschäftsführung werden seit Ende 2014 abgelehnte Anträge auf Mietschuldübernahme im Amt für Soziales überprüft. Wurden Richtlinien nicht korrekt angewandt oder besteht die Chance, eine Wohnungskündigung wegen Mietschulden zu ver-

hindern, wird das JC angewiesen, das Darlehn zu bewilligen. Mittlerweile räumen auch die Miet-Teams des JC dem Wohnungserhalt immer höhere Priorität ein.

Bilanz des Jahres 2015: Bei der Ablehnung von Mietschuldendarlehenanträgen nimmt Neukölln nunmehr einen der unteren Plätze unter den Berliner JC ein. Soziales Handeln zeigt auch im Bezirk Erfolge, in vielen Fällen konnten Wohnungskündigungen wie auch Räumungsklagen vermieden werden. Ein erster wichtiger Schritt hin zu einer menschenwürdigeren Praxis im Umgang mit solchen Notsituationen.

Bernd Szczepanski,
Sozialstadtrat

Wohnungsnot und Obdachlosigkeit durch mehr Spielraum bei der Mietkostenübernahme bekämpfen!

Immer mehr Neuköllner*innen geraten in Wohnungsnot. Wir wollen Menschen aus der Mietschuldenfalle befreien und eine Offensive gegen Zwangsraumungen starten. Dazu müssen die Spielräume bei der Übernahme von Kosten der Unterkunft voll ausgeschöpft und Mietschulden viel häufiger vom Jobcenter übernommen werden.

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...zur Heimat geworden!“
Isy, 47 Jahre
“Für mich ist Neukölln“ fragt Bürgerinnen und Bürger aus Neukölln nach ihrem Bild des Bezirks.

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„... wie jeder andere Bezirk auch – dasselbe in grün.“
Barbara, 76 Jahre



BERLIN BRAUCHT EINE ANDERE WOHNUNGSPOLITIK!

Sozialer Wohnungsbau ist nötig – und möglich

Immer noch gehen den Berliner*innen mehr bezahlbare Wohnungen durch Spekulation und Aufwertung verloren als neue entstehen. Dabei ist es höchste Zeit, die Kehrtwende in der Wohnungspolitik einzuleiten.

Der Wohnungsmarktbericht der Investitionsbank Berlin 2015 zeigt die lange bekannten Probleme: Noch immer steigen die Mieten schneller als die Einkommen. Bei den Neuvermietungen waren es in Neukölln 23 % mehr im Vergleich zum Jahr 2013. Die Preisspanne zwischen den Bezirken geht immer weiter auseinander, der vorhandene Neubau oft am Bedarf vorbei. Gerade im preiswerten Segment gehen immer noch mehr Wohnungen verloren als hinzukommen. Der Bestand der Sozialwohnungen Ber-

lins hat sich aufgrund auslaufender Bindungen seit 2005 um ein gutes Drittel auf rund 130.000 Wohnungen Ende 2015 reduziert und jedes Jahr werden es weitere 5000 weniger – obwohl jeder zweite Haushalt theoretisch „WBS-berechtigt“ ist: 51,1 % dürften aufgrund ihres Einkommens eine Sozialwohnung beziehen.

Es geht um jede einzelne Mietwohnung

Gerade deshalb ist es so wichtig, dass Wohnungen, die jetzt noch bezahlbar sind, geschützt werden. Daher sollte Neukölln das Instrument Milieuschutz stärker nutzen, damit mehr Neuköllner*innen davon pro-

fitieren. Denn in diesen Gebieten kann die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen untersagt werden. Das ist auch dringend geboten, denn auch in Nord-Neukölln ist das ein Geschäftsmodell geworden, das zumeist mit einer teuren Sanierung und der Verdrängung der alteingesessenen Mieter*innen einhergeht. Auch wenn die Wohnungen meist weiterhin vermietet werden – die Mieten sind im Schnitt 30 % höher als in nicht umgewandelten Wohnungen. So wird immer mehr preiswerter Wohnraum vernichtet. Und auch die Umsetzung des Verbotes von Ferienwohnungen, von Zweckentfremdungen und spekulativem Leerstand muss endlich vom Bezirksamt Neukölln konsequent angegangen werden. Wir kämpfen auf Landesebene dafür, dass der

Senat die Bezirke dabei unterstützt, das kommunale Vorkaufsrecht für Milieuschutzgebiete wahrnehmen zu können. So könnten die Bezirke auch aktiv in den Wohnungsmarkt eingreifen. Dafür braucht es aber den politischen Willen des Bezirks sowie finanzielle Unterstützung des Senats.

Wien als Vorbild

60 % der Wiener*innen leben im kommunalen bzw. sozialen Wohnungsbau. Das sind fast paradiesische Zustände im Vergleich zu Berlin, wo gerade einmal ca. 17 % der Wohnungen dem Land gehören. Um den überhitzten Wohnungsmarkt langfristig zu entschärfen, brauchen wir mehr Wohnungen in Landesbesitz. Laut Senat sollen zukünftig 20.000 Wohnungen jährlich durch die sechs landeseigenen

Wohnungsunternehmen gebaut oder angekauft werden, doch nur ein Drittel davon wird – ungleich über die Stadt verteilt – als Sozialwohnungen errichtet. Auch das Förderprogramm für den Sozialen Wohnungsbau wurde aufgestockt: auf 54,4 Mio € für 2016 und 91,5 Mio € für 2017. Damit können jedoch nur 5500 neue Sozialwohnungen von Privaten gefördert werden. Die Stadt Wien hingegen investiert im Jahr ca. 500 Mio € für eine soziale Wohnungspolitik und vor allem in den kommunalen

Wohnungsbau, weil damit die Mietpreisbindungen nicht nur 30 Jahre, sondern dauerhaft gelten. Wien zeigt auch: Wir müssen verstärkt Genossenschaften für den Bau von preiswerten Wohnungen und den Ankauf gewinnen, zum Beispiel durch eine andere Grundstücksvergabe. Nur so können wir auf Dauer die Mieten auch für Durchschnitts- und Geringverdiener*innen bezahlbar halten.

Katrin Schmidberger, MdB
Sprecherin für Mieten
und soziale Stadt

Der Neuköllner Wohnungsmarkt: Für wen noch bezahlbar?

Die mittleren Neuvertragsmieten liegen auch in Neukölln bereits bei 8,57 €/qm (nettokalt). Der Norden des Bezirks weist bereits mittlere Angebotsmieten von mehr als 9 €/qm auf, im Schillerkiez, Donaukiez und am Körnerpark sind es sogar 10 €/qm. 2015 wurden in Neukölln 1225 Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt. Damit liegt der Bezirk auf Platz 6 und verzeichnet eine Steigerung von 25 % im Vergleich zum Vorjahr.

SOZIALE BINDUNG ERHÄLT SOZIALE MISCHUNG

Gemeinnützig bauen

Wie bekommen wir schnell günstigen Wohnraum? Das ist die Gretchenfrage, vor der auch das Land Berlin im Jahr 2016 steht. Die gerade im Bundestag anstehende Sonderabschreibung für den Wohnungsbau der großen Koalition wird das Problem nicht lösen, denn durch sie werden keine preisgünstigen Mietwohnungen entstehen. Ein bis jetzt noch nicht genutztes, viel versprechendes Instrument wäre die Wohnungsgemeinnützigkeit.

Die Idee der Wohnungsgemeinnützigkeit ist, dass der Bauträger sich verpflichtet, die Wohnung dauerhaft sozial gebunden zu vermieten. Dafür erhält er spürbare steuerliche Erleichterungen oder alternativ einen Investitionszuschuss. So könnte man Wohnungsbaugenossenschaften dafür gewinnen, neue dauerhaft sozial gebundene Wohnungen zu bauen. Doch auch Bauvereine, Stiftungen oder Privatpersonen könnten Häuser als gemeinnützig anmelden und davon profitieren. Es würde ein vielfältiger Markt von unterschiedlichen Bauträgern aktiviert. Projekte wie auf dem Gelände der ehemaligen Kindl-Brauerei ließen sich dann vielleicht auch ohne großzügigen Mäzen angehen.

Wohnungsgemeinnützigkeit ließe sich auch für einzelne Wohnungen in Gebäudekomplexen denken – so dass sie sehr geeignet wäre, um soziale Mischung zu fördern. Das ist gerade unter dem Gesichtspunkt wichtig, dass wir keine Ghettos nur für Arme oder Armutsgefährdete haben wollen. Für die gesellschaftliche Integration von Flüchtlingen wie auch anderen Menschen mit wenig Geld ist eine soziale Mischung in den Wohngebieten das

Beste.

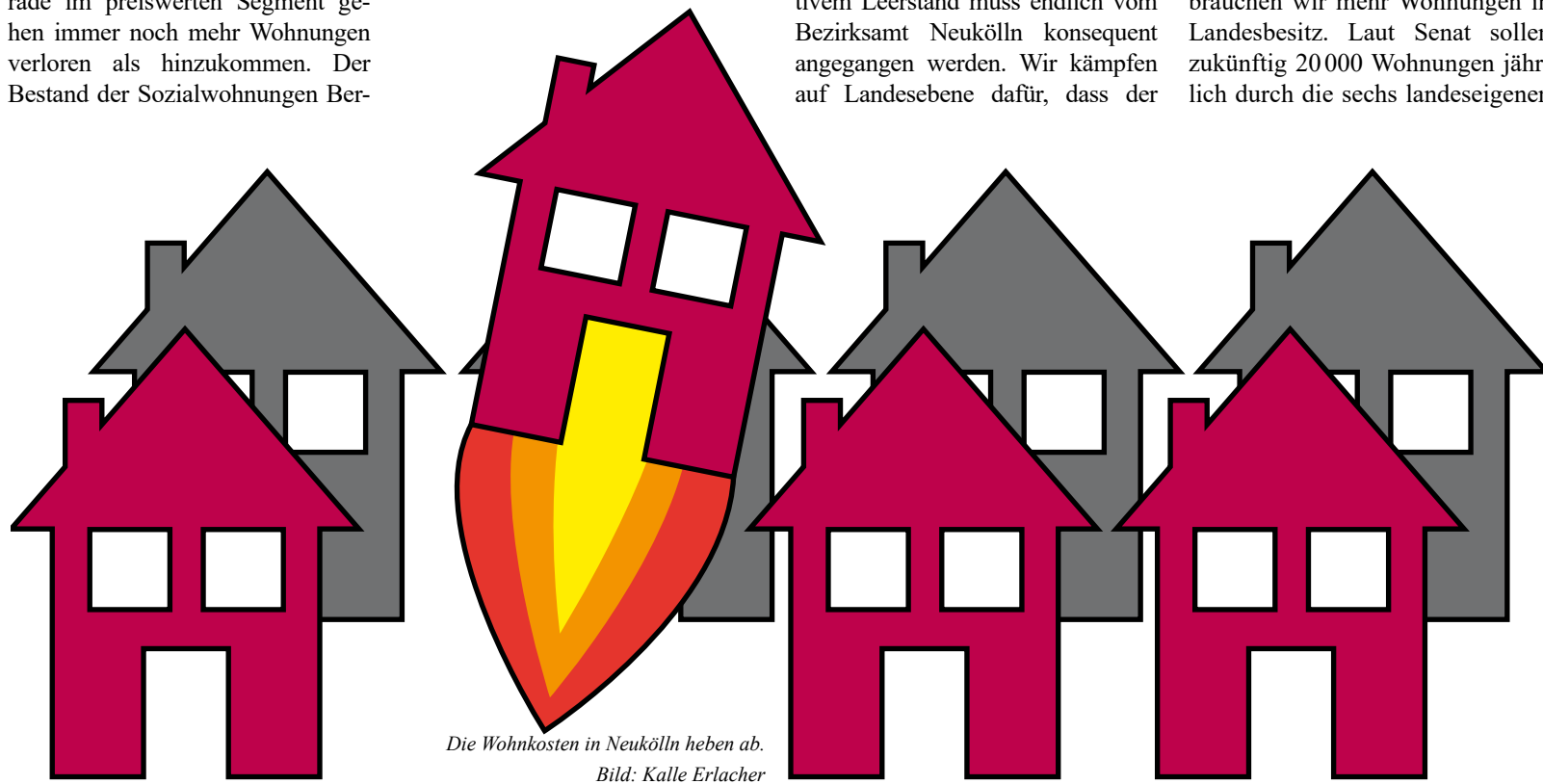
Wohnungsgemeinnützigkeit ist prinzipiell nichts Neues in Deutschland. Es gab sie schon einmal fast 60 Jahre lang. Bis 1989 – da wurde sie im Zuge des Korruptionsskandals um die gewerkschaftliche Baugenossenschaft „Neue Heimat“ abgeschafft. Seitdem sind bundesweit 2 Millionen Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen – in Neukölln beispielsweise der größte Teil der Hufeisensiedlung. Aber in unseren Nachbarländern existiert die Wohnungsgemeinnützigkeit fort: In den Niederlanden wohnt jeder dritte Haushalt in einer Wohnung, die von gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften gebaut wurde.

Wohnungsgemeinnützigkeit neu betrachtet

Auch deshalb hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen eine Studie in Auftrag gegeben, um die Rahmenbedingungen für eine Wiedereinführung zu klären. Ergebnisse sind unter anderem: Damit sich so etwas wie die „Neue Heimat“ nicht wiederholt, braucht es eine bundesweite Kontrollinstanz und mehr Mietermitbestimmung.

Nichts spricht prinzipiell gegen eine schnelle Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit – außer der fehlende politische Wille bei der Union. Die SPD ist bei der Wohnungsgemeinnützigkeit durchaus zugeneigt. Die CDU/CSU versucht, sie dagegen als Neuaufgabe sozialistischer Wohnungspolitik zu brandmarken. Dabei ist die Stärkung gerade von vielen kleinen, auch privaten Bauträgern, die sich verpflichten, sozial gebunden zu vermieten, ein ganz neuer, typisch grüner Aspekt.

Lisa Paus, MdB



Die Wohnkosten in Neukölln heben ab.
Bild: Kalle Erlacher

NEUKÖLLN BEKOMMT EINE FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT MIT VORBILDCHARAKTER

Sozialverträglichkeit und Ökologie Hand in Hand

Die Mieten Hartz IV-tauglich, keine langen, öden Flure mit Gang-Küchen und Gemeinschaftsduschen. Statt dessen komplette Appartements für ein bis fünf Personen: Das Diakoniewerk Simeon und der Evangelische Friedhofsverband Berlin Mitte planen auf dem Friedhof „Jerusalem V“ an der Hermannstraße eine Flüchtlingsunterkunft mit Modell-Charakter. Das neue, U-förmige Gebäude soll gegenüber der jetzigen Gedenkstätte für das Zwangsarbeiterlager und mit Zufahrt durch die Netzestraße entstehen, also am der Hermannstraße entgegengesetzten Ende des Fried-

hofs. Auf „Jerusalem V“ gibt es jetzt schon eine vielfältige Nutzung, unter anderem auch mit Geflüchteten: Die „Schlesische 27“ nutzt die alte Steinmetz-Werkstatt für ihre Gärtnerei (www.schlesische27.de). Hier wird mit den Geflüchteten, die in der Gärtnerei arbeiten, gekocht und Deutsch gelernt. Die Kapelle, die man von der Hermannstraße aus sieht, hat die Bulgarische Orthodoxe Gemeinde komplett saniert und nutzt sie für ihre Gemeindegemeinschaft. Ein Teil der Friedhofsfläche wird ihr eigener Friedhof werden.

Diakonie und Evangelischer Friedhofsverband möchten gemein-

sam beweisen, dass es möglich ist, kostensparend beste Standards der Unterkunft zu gewährleisten und dabei noch den Kiez zu bereichern. 130 Menschen sollen Platz finden in der Unterkunft, die die Diakonie betreibt, weitere 90 Menschen sollen Wohnraum in dem Teil des Gebäudes finden, den der Friedhofsverband verantwortet. Baulich sind beide Gebäudeteile identisch. Im Erdgeschoss Stahlbetonbauweise für Gemeinschaftsräume, Café, eventuell eine Nutzung durch die Gedenkstätte und Projekte im Kiez. Darauf vier Stockwerke Vollholzmöbel nach besten ökologischen Standards (für Fachleute: KfW 40), auf dem Dach Photovoltaik und gasbetriebene Wärmepumpen für die Heizung. Und hier ist Öko nicht Luxus, sondern ermöglicht erst die günstigen Mieten. Zum einen, weil dafür günstige Baukredite gewährt werden und zum anderen, weil sich nur durch die Einsparungen bei den Nebenkosten (der „zweiten Miete“),

die diese ökologische Bauweise möglich macht, die geringen Mieten auch auf Dauer halten lassen.

Sollten irgendwann weniger Geflüchtete Unterkünfte benötigen und die Zweckbindung nach §35 Baugesetzbuch erloschen sein, werden die Appartements als günstiger Wohnraum erhalten bleiben. Bis dahin dürfen in beiden Teilen ausschließlich Geflüchtete wohnen, danach wäre eine gemischte Nutzung möglich – was Diakonie und Evangelischer Friedhofsverband gerne von Anfang an gehabt hätten. Die Apartments sind dann für alle da, die sich keine Miete auf dem freien Markt leisten können, für Einzelpersonen und Familien und an einem Standort, der über die Gemeinschaftsräume im Untergeschoss mit der Nachbarschaft lebendig vernetzt ist.

Weitere Informationen über den Fortgang des Projekts sind zu finden unter gruenlink.de/1674.

Susanna Kahlefeld

Dr. Susanna Kahlefeld ist Lehrerin für Deutsch als Fremdsprache. Sie ist seit 2011 Mitglied des Abgeordnetenhaus, ihre Schwerpunktthemen sind Integration und Partizipation. 2011 wurde sie direkt gewählt im Wahlkreis 2, für den sie erneut antritt. Mehr unter gruene-neukoelln.de/kahlefeld



BEWOHNER*INNEN BEFÜRCHTEN STEIGENDE MIETEN UND VERDRÄNGUNG

Reuterkiez unterm Hammer

Ein halber Häuserblock im Reuterkiez kommt im Juni unter den Hammer: Für 150 Wohnungen und 1500 Quadratmeter Gewerbe zwischen Fram-, Nansen- und Pannierstraße stehen Versteigerungen an. An vier Terminen zwischen dem 13. und dem 26.06. sollen die Gebäude im Wert von über 13 Millionen Euro den Eigentümern wechseln. Zwei weitere Häuser sollen folgen. Mieter*innen und Gewerbetreibende sind alarmiert und haben sich zur Initiative „Unser Block bleibt“ zusammengeschlossen (www.unserblockbleibt.de).

Derzeit gehören die Häuser einer Erbengemeinschaft, die jetzt im Zuge einer Teilungsversteigerung aufgelöst werden soll. Für die Wohnungsmieter*innen ändert

sich unmittelbar nichts – bestehende Mietverträge gelten weiter. Dennoch ist auf dem überhitzten Berliner Immobilienmarkt Vorsicht mehr als angebracht. Oft werden Häuser deutlich über dem Verkehrswert veräußert – mit dem anschließenden Versuch, über kräftige Mieterhöhungen die Investitionen wieder einzuspielen. Eigenen Angaben zufolge will der bisherige Mehrheitseigentümer die Objekte komplett übernehmen. Mit Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit senden die Bewohner*innen der Häuser dem künftigen Eigentümer – wer auch immer es sein mag – die unmissverständliche Botschaft, dass sie sich engagieren und um ihre Wohnungen kämpfen werden.

Milieuschutz hilft – ein bisschen

Für den Reuterkiez hat Neukölln nach jahrelangen politischen Auseinandersetzungen eine Milieuschutz-Satzung erlassen. Damit können Luxusmodernisierungen ebenso verhindert werden wie die Umwandlung in Eigentumswohnungen. Wohnungszusammenlegungen, zweite Balkone oder teure Aufzüge werden nicht mehr genehmigt. Eine zeitgemäße Ausstattung oder die gesetzlichen Vorschriften der Energieeinsparverordnung (ENEV) lassen sich damit aber nicht verhindern. Auch im bundesweiten Mietrecht, etwa bei der Mietpreisbremse, existieren nach wie vor Regelungslücken. Umso wichtiger, dass der

Bezirk deutlich macht: Wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen und Luxussanierungen nicht einfach durchwinken. In Milieuschutzgebieten gilt zudem ein bezirkliches Vorkaufsrecht. Damit hätte der Bezirk die Möglichkeit, selbst als Käufer aufzutreten – etwa zu Gunsten einer städtischen Wohnungsbau-gesellschaft. Bei Zwangsversteigerungen greift das Instrument allerdings nicht – eine weitere Gesetzeslücke auf Bundesebene. Neuköllns Baustadtrat Thomas Blesing (SPD) lässt unabhängig vom konkreten Fall bisher zudem wenig Neigung erkennen, das bezirkliche Vorkaufsrecht überhaupt in Erwägung zu ziehen.



Mietpreisentwicklung in Neukölln durch ein Milieuschutzgebiet bis zum Teltowkanal eindämmen!

Wir wollen die bezirklichen Möglichkeiten gegen rasant steigende Mietpreise nutzen und uns für die Ausweitung von Milieuschutzgebieten starkmachen. Der jahrelange Druck auf die SPD und CDU muss trotz erster Erfolge aufrechterhalten werden, um in möglichst vielen betroffenen Gegenden zum Erhalt von bezahlbarem Wohnraum beizutragen.

Senatsverwaltung und Wohnungsbaugesellschaften in der Pflicht

Großflächige Eigentümerwechsel wie jetzt im Reuterkiez sind auch eine Nagelprobe für die Berliner Politik. Eine deutliche Erhöhung des Bestandes der städtischen Wohnungsbaugesellschaften wird nur über Zukauf möglich sein – daher sollte sich etwa Stadt und Land an der Versteigerung beteiligen. Selbst wenn sie dabei leer ausgeht,

kann sich der Einsatz langfristig auszahlen: Mit dem dadurch erworbenen Vorwissen wird es deutlich realistischer, bei einem möglichen Weiterverkauf das bezirkliche Vorkaufsrecht einsetzen zu können. Soziale Stadtentwicklungspolitik muss alle Instrumente, die sich ihr bieten, konsequent nutzen, um Verdrängung zu verhindern.

Jochen Biedermann
Vorsitzender des
Stadtentwicklungsausschusses

FLUCHT IN EINE UNGEWISSE ZUKUNFT

Schwieriges Ankommen in der neuen Heimat

Im völlig überfüllten Schlauchboot übers Mittelmeer. Das eigene Leben aufs Spiel setzen müssen, um das eigene Leben zu retten. Eine Horrorgeschichte wohl für jeden. Seit Jahren leben immer mehr Menschen bei uns, die dies oder Schlimmeres durchmachen mussten und jetzt versuchen, hier Fuß zu fassen und sich ein neues Leben in Sicherheit und Frieden aufzubauen. Dass es ihnen von den deutschen Gesetzen und Behörden, von einer viel zu spät und schlecht reagierenden Berliner Regierung und dem zuständigen, aber überforderten Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) alles andere als leicht gemacht wird, müssen wir auch seit Jahren überall lesen. Oder mit eigenen Augen sehen. Denn viele Berliner*innen, viele Neuköllner*innen wollen nicht untätig zusehen und engagieren sich ehrenamtlich in der Hilfe für Geflüchtete.

So auch Samira Tanana aus unserem Kreisverband, die nicht nur beruflich in diesem Bereich tätig ist, sondern privat auch seit Jahren beim im Schillerkiez ansässigen Al-Huleh e.V. (www.al-huleh.de) mitarbeitet. Der palästinensische Verein wurde 1995 gegründet und

ist benannt nach einer Ebene im nordisraelischen Galiläa nahe der Grenze zum Libanon, die auch „palästinensischer Golan“ genannt wird. Al-Huleh leistet vielfältige Unterstützungsarbeit für Geflüchtete, zum Beispiel mit einer speziellen Sprechstunde, Beratung zu Behördengängen, zum Asyl- und Aufenthaltsrecht und arbeitet dabei eng mit Anwalt*innen und Beratungsstellen zusammen. Vor kurzem wurde auch ein Mentoring-Programm für Geflüchtete gestartet, das ihnen dabei helfen soll, mehr über ihr neues Heimatland zu lernen – klassische Hilfe zur Selbsthilfe.

Ein Einzelschicksal – und doch stellvertretend für viele

In den Vereinsräumen in der Weisestraße 23 treffen wir uns zum Gespräch mit der palästinensischen Syrerin Shadja, die Ende 2015 mit zwei Minderjährigen vor dem Bombenterror des syrischen Regimes aus Homs fliehen musste. Homs, die drittgrößte Stadt Syriens

und seit 2011 eine Hochburg des Protests gegen das autoritäre Regime von Präsident Assad, ist nach fünf Jahren Bürgerkrieg und massiven Angriffen der syrischen Armee größtenteils zerstört, Hunderttausende Einwohner*innen sind tot oder geflohen, auch die umliegenden Städte werden regelmäßig bombardiert.

Eine Flucht in die Nachbarstaaten war für Shadja keine realistische Möglichkeit, denn entweder herrscht dort ebenfalls Krieg wie im Irak oder die Flüchtlingslager sind bereits hoffnungslos

überfüllt wie in Jordanien, der Türkei oder im Libanon, die in den letzten Jahren den allergrößten Teil der laut UNHCR mittlerweile über 4,8 Millionen Geflüchteten aufgenommen haben. Und mit dem Stempel „Palästinenserin“ in ihrem Pass wäre sie ohnehin höchstwahrscheinlich umgehend weitergeschickt worden – palästinensische Flüchtlinge sind vielerorts unwillkommen und häufig Flüchtlinge zweiter Klasse.

„In Syrien waren wir Palästinenser*innen mit der anderen Bevölkerung rechtlich gleichgestellt, durften studieren, arbeiten. Das dürfen wir zum

Beispiel im Libanon nicht, also musste ich woanders hin fliehen.“

Ihre Flucht führte sie von Syrien auf einem LKW Richtung Türkei und zu Fuß durch das Grenzgebiet, von dort mit einem Schlauchboot übers Meer nach Griechenland und dann über die Balkanroute via Österreich nach Berlin. Shadja hat hier zwar Verwandtschaft, untergebracht wurde sie jedoch in Massenunterkünften, zunächst in einer Turnhalle, später in einer anderen Unterkunft, wo sie sich ein kleines Zimmer mit einer weiteren, ihr fremden Frau teilt. Das Verhältnis auf engem Raum ist nicht konfliktfrei, Privatsphäre gibt es nicht.

„Warum werden gesundheitliche Probleme von Menschen eigentlich nicht berücksichtigt bei der Zuteilung von Unterkünften?“

Shadja hat ein Rückenleiden und auch nach einer Operation noch häufig Schmerzen, bekam jedoch dessen ungeachtet ein Zimmer im fünften Stock ohne Aufzug zugewiesen. Vor einigen Wochen erhielt sie vom LAGeSo eine Bescheinigung, dass sie eine eigene Wohnung anmieten dürfte, hat sich dann umgehend beim Evangelischen Jugend- und Fürsorgewerk (EJF), das Flüchtlinge im Auftrag des LAGeSo bei der Wohnungssuche unterstützt, gemeldet – und einen Termin für

Mitte Juli bekommen. Wie schlecht die Chancen auf dem Berliner Wohnungsmarkt allgemein und für Menschen mit wenig oder keinem eigenen Einkommen sind, ist hinreichend bekannt. Und arbeiten darf Shadja nicht, ihr Studienabschluss wird hier nicht anerkannt. Dabei wollte sie nach der wochenlangen anstrengenden Flucht nur irgendwo ankommen, zur Ruhe kommen, sich selbst ein neues Leben aufbauen.

„Das alles belastet mich seelisch sehr, auch in Berlin kam ich zunächst nicht zur Ruhe, da wir lange nicht wussten, was mit uns wird, ob wir hier bleiben und auch innerlich wirklich ankommen können.“

Seit einigen Wochen kann sie an vier Vormittagen pro Woche einen Deutschkurs in der Neuköllner Volkshochschule

unsinnige bürokratische Hürden und nicht nachvollziehbares Handeln der Verwaltung.

„Warum heißt es hier „Ihr werdet alle nach den gleichen Regeln behandelt“, aber dann gibt es doch so viel Ungleichbehandlung?“

Es gibt palästinensische Syrer*innen, die zwar den gleichen Stempel im Pass und damit eigentlich den gleichen rechtlichen Status wie Shadja haben, denen jedoch von den Behörden eine deutlich längere Aufenthaltsdauer bewilligt wurde – sie hat nur Bleiberecht für ein Jahr, andere mit diesem Status dürfen jedoch wie „richtige“ Syrer*innen gleich drei Jahre bleiben. Eine Erklärung dafür gibt es nicht. Sie würde auch gern wissen, wie es weitergehen soll für sie, doch wo sie das erfahren kann, ist unklar – sie wird mit dem Verweis „wir sind nicht

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...der Genuss jeden Tag die arabische Sprache sprechen zu können.“ unbekannt



Mit einem Familien-Service-Büro das Ämter-Hopping beenden!

Es gibt unzählige Angebote, auf die Familien mit Kindern zurückgreifen können: vom Kindergeld über Kita-Gutscheine bis zu günstigen Freizeitaktivitäten. Der Hürdenlauf von Amt zu Amt verhindert aber leider, dass sie in Anspruch genommen werden. Darum wollen wir ein Familien-Service-Büro einrichten: Viele Fragen, eine Stelle, alle Antworten!

besuchen. Doch da sie durch den Stempel „Palästinenserin“ im Pass rechtlich hier nicht als Syrerin gilt, sondern den Status „ungeklärt“ hat, muss sie für diesen für die Integration so wichtigen Kurs bezahlen. Aber sie ist sehr zufrieden mit dem Unterricht und versteht schon viel Deutsch, nur mit dem selbst sprechen hapert es noch. Viel Kontakt mit anderen Berliner*innen hat sie jedoch über den Kurs und die Leute von Al-Huleh hinaus noch nicht. Den Neuköllner Verein lernte sie über einen anderen Flüchtling kennen, Samira war ihre erste Berliner Ansprechpartnerin und hilft ihr seitdem, sich hier zurechtzufinden, beispielsweise bei Behördengängen und mit Formularen. Dabei stoßen sie immer wieder auf

zuständig“ von einer Stelle zur anderen geschickt. Ein Leben in amtlich verfügbarer ständiger Unsicherheit.

„Ich habe wenig Hoffnung, dass sich meine Situation hier noch viel bessert. Aber ich will auf jeden Fall weiter Deutsch lernen – ich möchte das Land, das System, die Menschen hier besser verstehen.“

Shadja erzählt uns noch, dass im kriegsgebeutelten Syrien viele Geschichten von Europa, von Deutschland als regelrechtem Paradies kursieren. Übertriebene Geschichten, wie sie jetzt weiß. Doch auch ohne diese Geschichten hätte sie nie erwartet, dass im reichen Europa Menschen zu Hunderten einfach in große Hallen gesteckt werden, dass sie nicht selbst für ihren Lebensunterhalt arbeiten dürfen, dass ihre gute Ausbildung hier nichts wert ist. Wir fragen sie nach ihren Plänen, Hoffnungen für die Zukunft. Die Antwort ist sehr bescheiden: eine eigene Wohnung, etwas Raum für sich selbst. Und dass sie vielleicht doch länger als ein Jahr bleiben darf.

Annette Heppel

Langfassung unter:
blog.gruene-neukoelln.de



Viele Menschen fliehen auf beschwerlichen Wegen vor Krieg und Verfolgung – in der Hoffnung auf ein Leben in Sicherheit und Freiheit bei uns. Hier erwartet sie jedoch viel zu oft eine überforderte Politik und Verwaltung, wie auf dem LAGeSo-Gelände in Moabit im vergangenen Jahr auch öffentlich sichtbar wurde. Viele Hauptstädter*innen hingegen versuchen, den Neuköllner*innen den Start in ihrer neuen Heimat zu erleichtern – zum Beispiel mit einem Willkommensfest auf dem Tempelhofer Feld
Foto „Brunnen“: sebasoflickr CC BY-SA 2.0
Foto „Willkommensfest“: ekvidiflickr CC BY-NC 2.0



GRÜNE FORDERUNGEN FÜR EINE ECHTE WILLKOMMENSKULTUR

Willkommen in Neukölln!

Weltweit müssen Menschen fliehen. Einige von ihnen kommen auf ihrer Suche nach einem besseren Leben in Frieden und Freiheit auch nach Neukölln. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass alle Menschen – egal aus welchen Gründen sie fliehen mussten und was sie nach Neukölln bringt – mit offenen Armen empfangen werden. Neukölln ist seit jeher ein Einwanderungsbezirk und auch wer heute zu uns kommt, soll einen guten Start haben.

Wir sind sehr dankbar für die große Unterstützung, die den Geflüchteten in unserem Bezirk aus der Zivilgesellschaft entgegengebracht wird. Seit Jahren bilden sich gut organisierte Willkommensinitiativen und ehrenamtliche Bündnisse, die beim Start in Neukölln helfen und damit eine humane Geflüchtetenpolitik praktizieren, die auch wir Grüne unterstützen. Auch um dieses Engagement zu unterstüt-

zen, wurde auf unsere Initiative hin eine Koordinierungsstelle geschaffen, die sich mit Fragen der bezirklichen Geflüchtetenpolitik beschäftigt, verschiedene Akteur*innen und alle Interessierten informiert, koordiniert, berät und vernetzt. Die Kapazitäten im Bezirksamt hierfür wollen wir weiter ausbauen.

Bei allem Dank und Respekt für die Arbeit von Ehrenamtlichen wissen wir, dass viele Aufgaben schnellstmöglich von staatlichen Stellen übernommen werden müssen. Deshalb fordern wir vom Senat eine Stärkung des Dolmetschendienstes, um Geflüchteten den selbstständigen Zugang zu Ämtern, medizinischer Versorgung und Ähnlichem zu ermöglichen, und eine bessere Ausstattung der Schulen und Kitas, um geflüchtete Kinder und Jugendliche aktiv fördern zu können.

Unablässig für einen guten Start ist eine gute Unterkunft. Mittelfri-

stig setzen wir uns für eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ein. An Standorten, an denen sie zusammen mit Menschen wohnen, die schon länger in Neukölln leben. Kurzfristig setzen wir alles daran, die Unterbringung von Geflüchteten so anständig wie möglich zu gestalten. Inakzeptable Zustände wie auf dem Tempelhofer Feld nehmen wir nicht hin. Alle leerstehenden Gebäude müssen darauf hin geprüft werden, ob sie als Unterkünfte in Frage kommen. Die Beschlagnahme von Wohnungen oder Gebäuden ist das letzte Mittel, bleibt aber für uns eine Option. Die Aufsicht über die Unterkünfte wollen wir im Bezirk ansiedeln, um Missständen, die die Lebensqualität der Bewohner*innen beeinträchtigen, schneller und direkt vor Ort begegnen zu können.

Gezielt kümmern wollen wir uns um besonders schutzbedürftige Geflüchtete, wie Frauen ohne oder mit



kleinen Kindern, unbegleitete Minderjährige, Menschen mit Behinderungen, chronisch Kranke oder queere Menschen. Für den Schutz dieser Gruppen wollen wir ausreichend abschließbare Sanitäreinrichtungen in Unterkünften, die Besetzung des Wachpersonals rund um die Uhr auch mit Frauen, verlässliche Ansprechpersonen und für einige Gruppen eigene Unterkünfte. Außerdem brauchen wir eine Gesundheitsversorgung, die nicht auf Notversorgung beschränkt ist.

Nur wenn es bei all den genannten Punkten, die Rot-Schwarz bisher mehr schlecht als recht oder überhaupt nicht angegangen ist, deutliche Verbesserungen gibt, schaffen wir gute Voraussetzungen für eine gelungene Integration sowie ein gutes Zusammenleben der Alt- und Neu-Neuköllner*innen.

Rhea Niggemann
Vorstandssprecherin



Die undkonsort*innen gratulieren zum gelungenen Relaunch von www.gruene-neukoelln.de


undkonsorten
Die Berliner Internet-Agentur
www.undkonsorten.com
kontakt@undkonsorten.com
fon 030 20236354

EIN DACH ÜBER DEM KOPF IST NOCH KEIN ZUHAUSE

Willkommensarchitektur statt Massenunterkünfte



So wie hier am Ostpreußendamm könnten die Tempohomes aussehen. Foto: Wolfgang Ewert

Turnhallen, Messehallen und sogar die Hangars im ehemaligen Tempelhofer Flughafen – all das dient bisher als provisorisches Obdach für Geflüchtete. Damit die Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, in Berlin ankommen können, muss dringend angemessener und sicherer Wohnraum geschaffen werden.

Unterbringung: mehr als nur ein Dach über dem Kopf

Leider ist die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen oftmals desaströs. Deshalb müssen endlich auch in Notunterkünften Mindeststandards eingehalten wer-

den. Dazu zählen insbesondere die Unterbringung alleinstehender Frauen nur dort, wo überwiegend Familien untergebracht sind, Rückzugsmöglichkeiten für schwangere und stillende Frauen, Spiel- und Bewegungsflächen für Kinder sowie Betreuungsangebote.

Für uns hat oberste Priorität, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den Massenunterkünften herausgeholt und gemäß dem Jugendhilfegesetz untergebracht und betreut werden. Der Aufbau von kinder- und jugendspezifischen Unterkünften ist dringend geboten.

Auch sollte die unnötige Büro-

kratisierung durch das Landesamt für Gesundheit und Soziales ein Ende haben: Um die Menschen schnell aus den Notunterkünften herauszuholen, sollten Geflüchtete auch dort unterkommen können, wo Berliner*innen ihnen ein Zimmer zur Verfügung stellen. Um die Wohnungssuche auch auf dem privaten Wohnungsmarkt zu erleichtern, muss das Land selbst bzw. geeignete Träger im Auftrag des Landes als Mieter auftreten. Außerdem gibt es in der Stadt viel gewerblichen Leerstand. Wir haben ein Gesetz zur Sicherstellung von Gewerbeimmobilien eingebracht und wollen, dass Berlin nach dem

Beispiel von Hamburg und Bremen leerstehende Gewerbeimmobilien für die Unterbringung von Geflüchteten beschlagnahmt.

Modulare Unterkünfte: Chance für neues Wohnen

Selbst wenn leerstehende Gebäude und Wohnungen künftig erfolgreich für die Unterbringung von Geflüchteten akquiriert werden, brauchen wir neue Unterkünfte, auch um den Wohnungsmarkt zu entlasten.

Berlin muss schnell neuen Wohnraum schaffen. Ein Baustein sind dabei die sogenannten „modularen Unterkünfte.“ Der Berliner Senat plant, an circa 90 Standorten Container oder Modularbauten als Unterkünfte für Flüchtlinge, kurz „MUFs“, zu errichten und verspricht durch Fertigbauteile aus Stahlbeton kostengünstige und schnelle Errichtung.

Aus Fehlern lernen – Aus Provisorium Heimat machen

Doch wir wissen auch: Nichts ist so dauerhaft wie ein Provisorium. Viele Flüchtlingsunterkünfte der Nachkriegsjahre, die nur für eine kurze Nutzung gedacht waren, stehen noch heute. Fehler, wie sie in vielen Großstäd-

ten in den letzten Jahrzehnten bei der schnellen Unterbringung von Einwanderer*innen gemacht wurden, dürfen sich nicht wiederholen. Vielmehr sollten wir aus den positiven und negativen Erfahrungen der Stadtentwicklung im letzten Jahrhundert lernen. Unser Ziel ist die Schaffung einer neuen Willkommensarchitektur!

Als Grüne Fraktion im Abgeordnetenhaus haben wir den Planungsprozess für die MUFs kritisch begleitet und viele Vorschläge gemacht, wie Quartiere entstehen können, in denen die Menschen nicht nur untergebracht werden, sondern sich auch Zuhause fühlen können. Es dürfen nicht nur die Wohnungen geplant, sondern es müssen Quartiere entwickelt werden. Platz für Kitas, Schulen, Jugendfreizeit und Begegnungsorte, aber auch Gewerbe sollte von Anfang an mitgeplant,

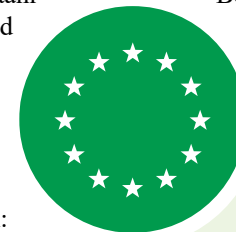
ökologische Standards mitbedacht und Integration gefördert werden.

Dezentrale Standorte – gemischt und verteilt

Wir setzen uns daher für kleinere und dezentrale Unterkünfte ein: Standorte für 50 bis 200 Menschen könnten auch in Baulücken entstehen. Als Bauweise bevorzugen wir Fertighäuser aus Holz statt aus Betonmodulen. Diese sind preiswerter und nachhaltiger.

Wir wollen, dass lebendige und attraktive neue Quartiere entstehen, mit einer guten sozialen Mischung, Gewerbe und Kultur. Nur so kann Integration gelingen und die Entstehung von Ghettos verhindert werden. Das ist die Basis dafür, dass Berlin so bleibt, wie wir es lieben! Modern, bunt und lebenswert.

Antje Kapek, MdA
Fraktionsvorsitzende und stadtentwicklungspolitische Sprecherin



Durch ein Willkommenszentrum im Bezirksamt einen guten Start in Neukölln ermöglichen!

Dank der Europäischen Freizügigkeit kommen Menschen aus ganz Europa zu uns. Wir wollen durch eine Anlaufstelle die Hürden für die Ankommenden abbauen: Durch mehrsprachige Beratung soll ihnen unkompliziert geholfen werden, etwa bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen oder der Vermittlung von Sprachkursen.

PLANUNGSSCHAOS UND VERZÖGERTE SPORTHALLENSANIERUNG

Refugees welcome – auch auf den Buckower Feldern



Die Buckower Felder heute. Foto: Wolfgang Ewert

Gegenüber der Heinrich-Mann-Schule in der Gerlinger Straße in Buckow ist eine Unterkunft für Geflüchtete geplant, die bis Ende August bezugsfertig sein soll. Es eilt, denn die Freigabe der im Süden beschlagnahmten Turnhallen hängt davon ab.

Anfang November 2015 bezogen ca. 200 Geflüchtete die Doppelstockturnhalle am Buckower Damm neben der Christoph-Rudenschule. Ende des Monats folgte mit der gleichen Platzzahl die Doppelhalle der Clay-Schule am Efeuweg. Schon länger ist die Jahn-Sporthalle am Columbiadamm mit zurzeit 140 Menschen belegt. Seit über einem halben Jahr also leben Geflüchtete dicht an dicht und ohne Privatsphäre in unserem Bezirk.

Insgesamt liegt Neukölln laut der Aufstellung des Landesamts für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) bei der Aufnahme von Geflüchteten mit 1338 von 40.890 Geflüchteten (Stichtag 26.04.2016) an letzter Stelle der Bezirke, aber durch die große arabische Community im Bezirk sind viele Menschen auch bei ihrer Familie untergebracht und werden somit hier nicht erfasst.

Senat auch bei der Geflüchtetenunterbringung unorganisiert

Um nun dafür zu sorgen, dass Geflüchtete menschenwürdig untergebracht werden und auch ein Puffer besteht, falls wieder mehr Menschen zu uns kommen als momentan, ist es notwendig, neue Unterkünfte bereitzustellen.



Politische Arbeit gerade auf lokaler Ebene funktioniert nicht ohne viel Engagement und Ehrenamt – aber eben auch nicht ohne Geld. Wenn Sie unsere Arbeit unterstützen wollen, freuen wir uns über eine Spende auf folgendes Konto:
Bündnis 90/Die Grünen Neukölln
Berliner Sparkasse, BIC: BELADEBEXXX
IBAN: DE29 1005 0000 1470 0055 29

Belegung der Sporthallen muss beendet werden

Auch wenn es uns Grünen schwerfällt, Grün im Bezirk zu opfern, erkennen wir aber die unbedingte Notwendigkeit, auf den Buckower Feldern an der Gerlinger Straße schnell Container zu errichten, um in einem ersten Zug die Flüchtlinge aus den Neuköllner Sporthallen hier unterzubringen. Die Sporthallen sollen nach jetzigem Stand zügig saniert werden, was zentral von der Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) beauftragt werden soll. Zu Beginn des Jahres 2017 könnten diese dann für den Schul- und Vereinssport wieder genutzt werden.

Unsere Grüne Abgeordnetenhausfraktion hatte den Antrag gestellt, dass eine „Zentrale Koordination Sporthallen“ nicht nur die Wiederherrichtung der momentan durch geflüchtete Menschen belegten Sporthallen, sondern auch die anderen mit Sanierungsbedarf – in anderen Bezirken sind Hallen gesperrt, weil es durch die Decke tropft oder sie baufällig sind – koordiniert. Die Regierungsfaktionen von SPD und CDU stimmten dagegen, da der Senat doch bereits handle. Dies mögen diejenigen selbst beurteilen, die auf ihre Sporthalle verzichten oder als Geflüchtete dort leben müssen.

Anwohner*innenversammlung des Grünen Stadtrats

Für die Buckower Felder hatte unser Grüner Sozialstadtrat Bernd Szczepanski, der für Flüchtlinge im Bezirk zuständig ist, aber ohne den Senat in der Unterkunftsfrage kaum handeln kann, Mitte Mai eine Anwohner*innenversammlung durchgeführt, um die Buckower*innen über die Planung für die Felder zu informieren.

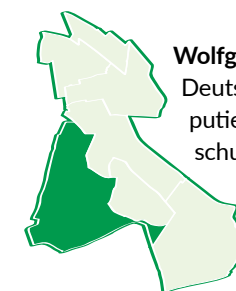
Hier sollen nun sogenannte Tempohomes errichtet werden. Dies sind Containerbauten, die für circa drei Jahre genutzt werden sollen. Die an anderen Stellen vorgesehenen Mobilien Unterkünften für Flüchtlinge (MUFs) unterscheiden sich darin, dass diese dauerhaft bewohnt werden sollen. Sollten die MUFs für Geflüchtete nicht mehr benötigt werden, können die Wohnungen auch anderweitig vergeben werden.

Es ist vorgesehen, auf den Buckower Feldern Plätze für 1000 Personen zu errichten, in die dann die Bewohner*innen der Neuköllner Sporthallen ziehen könnten. Die übrigen 500 Plätze sollen für weitere Geflüchtete vorgehalten werden.

Ende August/Anfang September sei laut Senat mit der Fertigstellung zu rechnen. Die Errichtung der Unterkünfte soll ungefähr gegenüber der Heinrich-Mann-Schule erfolgen und somit weder die Flächen des Reiterhofes oder der geplanten Wohnbebauung auf den Feldern beeinträchtigen.

Wir dürfen gespannt sein, ob der Senat bei seinem schon fast sprichwörtlichen Planungschaos in der Lage sein wird, seine Pläne zeitnah umzusetzen, die Sporthallen zu sanieren und die Geflüchteten aus den Hallen endlich menschenwürdig unterzubringen.

Wolfgang Ewert



Wolfgang Ewert ist Lehrer für Politik, Deutsch und Ethik und Bürgerdeputierter im Neuköllner Sportausschuss. Seine Schwerpunktthemen sind Bildung und Sport. Er tritt an für den Wahlkreis 5.
Mehr Infos unter gruene-neukoelln.de/ewert



VORZEIGEPROJEKT IM NEUKÖLLNER ERLEBNISZIRKUS MONDEO

Spielerische Integration

Im Juni 2016 feiert der in der Britzer Gutschmidtstraße beheimatete Erlebniszirkus Mondeo (www.erlebniszirkus-ev.de) sein zehnjähriges Bestehen. Weit über die Bezirksgrenzen hinaus bekannt wurde er durch einen Besuch der niederländischen Königin Beatrix, die sich hier im Jahr 2011 bei einem Staatsbesuch auch eine Vorstellung von Schüler*innen der Hermann-Nohl-Schule ansah. Aus dieser Schule stammt auch die Anregung für ein Projekt mit Flüchtlingskindern, das zwar weit weniger Aufmerksamkeit erhält, aber seit Beginn des Schuljahres 2015/2016 sehr erfolgreich durchgeführt wird: eine Zirkusschule für Kinder aus den Willkommensklassen Neuköllner Grund- und Oberschulen. In Zusammenarbeit mit Sonderpädagog*innen und Trauma-Therapeut*innen können die Kinder, von denen viele aus Syrien und Afghanistan kommen, hier nicht nur die deutsche Sprache erlernen, sondern erhalten auch ein Zirkustraining in vielen verschiedenen Disziplinen: Kunstturnen, Jonglieren, artistische Reifenkunststücke, Clown spielen oder die Arbeit mit Tieren und vieles mehr.

Zweimal wöchentlich kommen Flüchtlingskinder, an einem Tag

Kinder aus der Konrad-Agahd-Schule. Eine Gruppe Jugendliche kommt aus dem Wohnheim für allein geflüchtete Jugendliche in der Fritz-Reuter-Allee, eine andere Gruppe

Schüler*innen im Schulunterricht nachweislich außerordentlich – die Kinder sind sehr bemüht im Unterricht, da sie dann anschließend ein Zirkustraining absolvieren können, das ihnen viel Freude macht.



Kinder besucht die Hermann-Nohl-Schule. Viele der Kinder leben in der Unterkunft in der Haarlemer Straße und sind teilweise schon seit Jahren hier. Durch Umzüge oder Abschieden gab es in der Vergangenheit häufig Wechsel in der Klasse. Beide Gruppen haben jeweils 45 Minuten Unterricht und danach 45 Minuten Zirkustraining. Die Kombination von normalem Unterricht und Zirkustraining in diesem besonderen außerschulischen Lernumfeld stärkt die Lernbereitschaft der

Erfolgreiche Zirkuspädagogik

Die Erkenntnis, dass pädagogische Zirkusarbeit mit ihrem ganzheitlichen Ansatz, der motorische, soziale, emotionale und künstlerisch-kreative Kompetenzen vermittelt, gerade für sogenannte „bildungsbenachteiligte“ Kinder und Jugendliche besonders geeignet ist, setzt sich erst langsam durch. Der Begriff „Inklusive Pädagogik“ ist seit einigen Jahren in aller Munde – solche Zirkusprojekte betreiben sie sehr erfolgreich schon sehr viel länger.

Ab dem nächsten Schuljahr soll die Zirkusschule aufgrund der großen Nachfrage auf fünf Tage pro Woche ausgedehnt werden. Das Projekt wird allseits sehr gelobt, doch momentan erhält der Zirkus keine Förderung dafür. Dabei ist es ein sehr sinnvolles und erweisenermaßen erfolgreiches Projekt, das eine dauerhafte und gesicherte Finanzierung mehr als verdient hätte.

Annette Heppel, Wolfgang Ewert

(FAST) 10 JAHRE AKTIONSBÜNDNIS RUDOW

Ein Blick zurück nach vorn

Ende 2006 gründete sich das „Aktionsbündnis Rudow für Demokratie und Toleranz gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ (bekannt als Aktionsbündnis Rudow). Nach knapp zehn Jahren gemeinsamer Arbeit ist es Zeit, Bilanz zu ziehen, einen Blick zurück zu werfen und einen Ausblick zu wagen.

Das Aktionsbündnis ist ein überparteilicher, überkonfessioneller und multikultureller Zusammenschluss von Organisationen, Einrichtungen und engagierten Bürger*innen aus oder mit Bezug zu Rudow. Es gründete sich, um auf die nicht mehr übersehbare öffentliche Präsenz der rechten Szene im Rudower Straßensystem und die steigende Zahl rassistischer und rechtsextremer Vorfälle eine zivilgesellschaftliche Antwort zu geben. Wir setzen uns für ein weltoffenes, vielfältiges und buntes Rudow, in dem Bewohner*innen und Gäste jeder Kultur, Religion und Herkunft willkommen sind und alte wie junge Menschen, Alteingesessene und Hinzugezogene mit verschiedensten Lebensentwürfen nicht nur gemeinsam leben, sondern ihr Zusammenleben gemeinsam gestalten können.

Ziele der Arbeit waren die Zurückdrängung rechter Aktivitäten im Straßensystem sowie Sensibilisierung und Aufklärung der Bevölkerung für rassistische und rechtsextreme Propaganda und Gruppie-

rungen. Dazu haben wir eine Vielzahl von Aktionen durchgeführt: Mit Straßenfesten und Kundgebungen waren wir gegen rechtsextreme Aufmärsche aktiv, haben an



die Brandanschläge auf die Häuser zweier migrantischer Familien Anfang 2008 erinnert und Lesungen zu Rassismus, rechter Gewalt oder auch der Situation von Geflüchteten in Deutschland bzw. ihren Heimatländern durchgeführt. Außerdem haben wir mit der Aufführung des Theaterstücks „**ÜBERdasLEBEN oder meine Geburtstage mit dem Führer**“ speziell Schüler*innen versucht, für die Thematik zu sensibilisieren, und waren mit zwei offenen Briefen an Innenminister Körtling bzw. Polizeipräsident Kandt an Gesprächen über den Umgang mit rechten Aufmärschen beteiligt.

Mit all dem haben wir in den letzten zehn Jahren unseren Beitrag gegen Rechtsextremismus und rassistische Hetze geleistet. Heute gehören Nazis und ihre Propaganda nicht mehr offen zum Rudower Straßensystem. Das kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es ihre Ideologie hier immer noch

gibt. Rassistische Hetze und menschenverachtende Ansichten müssen weiterhin bekämpft werden und wir werden ihnen auch ganz persönlich weiter entgegenreten. Gerade im Wahljahr gilt es aufzusteigen und zu sagen: Nein, die AfD ist keine Alternative für eine weltoffene und liberale Stadt!

Wir werden uns in Zukunft aber verstärkt in anderen Gruppen und Kontexten engagieren. Dem Thema bleiben wir treu! Zuletzt lag die Arbeit im Aktionsbündnis auf zu wenigen Schultern und die Finanzierungsmöglichkeiten wurden eingeschränkt. Daher haben wir uns entschieden, eine Arbeitspause einzulegen. Erleichtert wird uns dies durch das gewachsene zivilgesellschaftliche Engagement im Bezirk. Waren wir vor 10 Jahren als antifaschistisches Bündnis noch eine Ausnahme, gibt es nun eine ganze Reihe von Akteur*innen in Neukölln, die wichtige Arbeit leisten. Wir wünschen ihnen weiterhin viel Erfolg bei ihrer Arbeit und werden auch in Zukunft als engagierte Neuköllner*innen aktiv bleiben, wenn es gilt, rechter Hetze im Bezirk entgegenzutreten!

Bis dahin,
Euer Aktionsbündnis Rudow



Unsere symbolische Umbenennung der Wissmannstraße nach der jüdischen Sexualforscherin Charlotte Wolff, die auch in Neukölln arbeitete und von den Nazis vertrieben wurde, kam gut an. Foto: Anne Geib

STRASSEN BENENNUNGEN NACH RASSISTEN BEENDEN

Ehre, wem Ehre gebührt

In Neukölln gibt es immer noch zwei Straßen, die nach Vertretern des deutschen Kolonialismus benannt sind, die Wissmannstraße und die Woermannstraße.

Hermann von Wissmann war von 1888 bis 1890 Reichskommissar für Deutsch-Ostafrika. In dieser Funktion schlug er einen Aufstand nieder, verantwortete mehrere brutale Strafexpeditionen, die viele afrikanische Opfer kosteten, und war maßgeblich beteiligt an der Zerschlagung lokaler Wirtschaftsstrukturen zugunsten der kolonialen Handelsgesellschaften, unter denen Afrika heute noch leidet. Der Hamburger Kaufmann Adolph Woermann profitierte von der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker in den afrikanischen Kolonien. Der Erfolg seines Handelsunternehmens beruhte maßgeblich auf der Entrechtung der einheimischen Bevölkerung.

Solche Vertreter des Kolonialismus und der Ausbeutung Afrikas verdienen keine Ehrung. Wir Grünen fordern deshalb, die Straßen nach Menschen umzubenennen, denen Ehre wirklich gebührt und schlagen vor, Frauen zu ehren, die sich um die Emanzipation der Völker Afrikas verdient gemacht haben. Am internationalen Frauentag haben Anja Kofbinger und Susanna Kahlefeld, unsere direkt gewählten Abgeordneten für Neukölln, dies in einer symbolischen Umbenennung der Wissmannstraße schon mal „vorweggenommen“ und sind bei ihrer Aktion auf positive Resonanz von Anwohner*innen gestoßen.

Während andere Städte bereits vor Jahren ihre Wissmannstraßen umbenannt haben, tut sich Neukölln

Neukölln hinkt hinterher

Während andere Städte bereits vor Jahren ihre Wissmannstraßen umbenannt haben, tut sich Neukölln

damit schwer und hat noch 1975 die Benennung nach Woermann vorgenommen. Anwohner*innen der Straßen fürchten verständlicherweise die lästigen bürokratischen Folgen einer Adressänderung. Aber es erscheint uns absurd, dass ausgerechnet die „Werkstatt der Kulturen“ mit der Adresse „Wissmannstraße“ auftreten muss.

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen möchte deshalb mit einem Antrag in der BVV einen Prozess in Gang setzen, der die Anwohner*innen, aber auch alle anderen Neuköllner*innen mitnimmt. Es soll eine breite Debatte zur Aufarbeitung der deutschen Rolle im Kolonialismus geführt werden. Diese Debatte ist uns wichtiger, als eine schnelle Umbenennung. Aber unsere Hoffnung ist natürlich, dass sich am Ende eine breite Mehrheit in Neukölln von den peinlichen Straßennennungen nach Rassisten und Menschenschindern trennen und endlich Menschen ehren will, die diese Ehre wirklich verdient haben.

Gabriele Vonnokold
BVV-Fraktionsvorsitzende

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„... im stetigen Wandel und dadurch immer wieder interessant.“
Oliver, 34 Jahre

DIE AfD

Keine Alternative für Berlin!

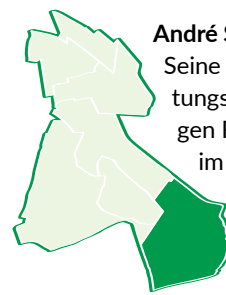
Ein buntes, weltoffenes und kreatives Berlin, in dem Menschen verschiedenste Lebensentwürfe leben können und Freiraum für eigene Ideen finden – wegen diesem Lebensgefühl lieben viele (Neu-) Berliner*innen ihre Stadt. Doch dieses Berlin hat einen neuen Gegner – die rechtspopulistische AfD, die im September ins Abgeordnetenhaus einziehen will.

Der Berliner Landesverband zeigt sich unter der Landesvorsitzenden Beatrix von Storch deutlich offen für rechtspopulistische Positionen. Von Storch, die auch Mitglied im Europaparlament ist, forderte noch im Januar dieses Jahres den Einsatz von Schusswaffen gegen Geflüchtete – einschließlich Frauen und Kindern. In ihrer Hetze gegen Geflüchtete beruft sich die AfD paradoxerweise oft auf den vermeintlich notwendigen Schutz von Frauen gegen Sexualstraftaten. Aber ist die AfD deshalb eine feministische Partei? Von Storch lässt sich immer wieder damit zitieren, dass sie die Möglichkeiten zu strafrechtlichen Abtreibungen einschränken und die Zahl der Abtreibungen senken will. Sie lehnt Gender Mainstreaming als „Genderwahn“ ab, der sich für die AfD in „Frauenquoten, Gleichstellungsbeauftragten und staatlicher Propaganda für sexuelle Minderheiten“ ausdrückt. Kaum überraschend positionieren sie sich gegen die Ausweitung der Rechte für Lebenspartnerschaften queerer Menschen oder sehen gar nirgendwo „heute noch nennenswerte Diskriminierung Homosexueller und anderer sexueller Minderheiten“. Die AfD entlarvt sich immer wieder als mittelalterliche Partei, die das Selbstbestim-

mungsrecht der Frauen nur dann hochhält, wenn sie gegen Geflüchtete hetzen kann.

Gefährlicher Rechtsruck im politischen Diskurs

Die AfD stellt aber nicht nur eine Bedrohung für den gesellschaftlichen Konsens in dieser Stadt dar, weil sie nach derzeitigen Umfragen ins Abgeordnetenhaus einziehen kann. Ihre Umfrageergebnisse verändern den politischen Diskurs. Überall dort, wo rechtspopulistische Parteien erfolgreich sind und waren, gab es Parteien, die meinten diese durch einen Rechtsruck ihrer gesellschaftspolitischen Positionen bekämpfen zu können. Derzeit zeigt Österreich, wie dieser gefährliche Prozess voranschreitet, der letztlich die rechtspopulistischen Parteien stärkt. Und auch in Berlin sind erste Tendenzen erkennbar: So ist im Mai dieses Jahres ein Mitglied der CDU-Fraktion als Rednerin bei Demonstrationen gegen eine Flüchtlingsunterkunft aufgetreten, an denen auch bekannte NPD-Politiker teilnahmen. Und weder sie noch ihre Fraktion sahen einen Grund zur Kritik daran.



André Schulze ist Diplom-Mathematiker. Seine Schwerpunktthemen sind Verwaltungsmodernisierung und der Kampf gegen Rechtsextremismus. Er ist Mitglied im Aktionsbündnis Rudow und tritt an für den Wahlkreis 7. Mehr unter gruene-neukoelln.de/schulze



RECHTE UMTRIEBE IM SPORT

Rote Karte für völkische Ideologien

Antisemitische und rassistische Sprechchöre aus dem Zuschauerblock. Spielabbrüche in den unteren Ligen. Jugendtrainer, die als aktive Neonazis oder Kameradschaftler bekannt sind. Kampfsportclubs, die als komplett rechts aufgestellt gelten und deswegen aus einem Mixed Martial Arts Turnier ausgeschlossen werden. Auch wenn das Thema „Nazis in Sport und Fankultur“ medial nicht mehr so präsent ist wie noch vor fünf Jahren: Wer genau hinsieht, findet auch weiterhin viele Hinweise darauf, dass sich das Problem nicht einfach in Luft aufgelöst hat. Seit insbesondere die Fußballbundesliga reagiert und Vereine aktiv darin unterstützt, in der Fanarbeit rechte Bestrebungen auszugrenzen und deutlich zu machen, dass Rassismus, völkische Ideologie und Antisemitismus keinen Platz im Sport haben, hat sich die organisierte Neonazi-Szene vor allem auf Amateurvereine verlegt oder gründet gleich eigene Vereine.

Vor allem bei der Verankerung im Amateursportbereich geht es um zwei Dinge: Zum einen über Trainer- oder andere Funktionen im Verein die eigene Ideologie unterschwellig zu platzieren und als respektabel, „Mitte der Gesellschaft“ und eigentlich ganz normal zu erscheinen und so ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, das auch Nachwuchsgewinnung ermöglicht. Zum anderen gibt es auch im Amateurbereich die loyale Fangemeinschaft, für die der Verein das Zuhause ist, die Identifikations- und Orientierungsbasis. Sport hat bekanntermaßen nicht nur für die ihn selbst Betreibenden einen hohen gemeinschaftsstiftenden Wert, was auch gut ist. Problematisch wird es dort, wo Vereine oder Fanbasis aktiv und gezielt

unterwandert werden. Selbst das Bundesinnenministerium warnt: „Nahezu alle bekannten rechtsextremen Parteien – allen voran die NPD und ihre Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) – agieren mit dem Mittel Sport, um sich einzumischen, für ihre Ziele zu werben oder neue, meist junge Mitglieder an sich zu binden.“

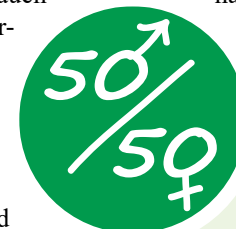
Konsequentes Auftreten gegen Rechts

Was tun? In Berlin bieten Fußballverband und Landessportbund Beratung und Unterstützung an – bei Bedarf auch anonym. Aufklärungskampagnen für Vereinsaktive sollen das Bewusstsein dafür schärfen, welche Gefahr von Rechts ausgeht. Vor allem aber müssen Hinweise szenekundiger Journalist*innen, von in diesem Bereich arbeitenden Recherchebüros und anderen ernst genommen werden, die zum Beispiel immer wieder auf die engen Beziehungen der organisierten Neonazi- und Kameradschaftszene im Berliner Südosten – bis hinein nach Britz, Buckow und vor allem Rudow – zu Sportvereinen, aber

auch gewaltbereiten und organisierten Neonazis in der südlichen Umgebung Berlins hinweisen. Der Ende 2014 in Königs Wusterhausen als Neonazi entlarvte Trainer der E-Jugend von SC-Blau Weiss Schenkendorf 1931 e.V. war jahrelang Mitorganisator und feste Größe im Berliner Neonazi-Netzwerk „Nationaler Widerstand Berlin“.

Grundsätzlich gilt: Über den Schluckauf einiger PEGIDA-Anhänger angesichts der Kinderbilder von Gündogan und Boateng auf Kinderchokolade und das Bezweifeln, dass es sich dabei um „richtige“ Deutsche handelt, kann man lachen. Wenn am Spielfeldrand, auf der Vereinsversammlung oder beim Training rechte Sprüche fallen, wenn es bei der Spielvorbereitung gegen einen traditionell türkischstämmigen Verein heißt „Den Kanaken zeigen wir es!“, wenn der Jugendwart plötzlich Security für rechte Bands und ihre Konzerte macht: Aufstehen, einschreiten, gemeinsam deutlich machen, dass Nazis und ihre Ideologie im Sport nichts zu suchen haben.

Anja Schillhaneck, MDA
Sportpolitische Sprecherin



Mit Gender Budgeting im Neuköllner Haushalt die Gleichstellung von Frauen vorantreiben!

Leider wird bei der Haushaltsplanung immer noch nicht ausreichend auf die Gleichstellung von Männern und Frauen geachtet, auch in Neukölln. So profitieren beispielsweise noch immer größtenteils Jungen von der aktuellen Sport- und Wettkampfförderung. Das muss sich ändern. Wir wollen den Haushalt auf Geschlechtergerechtigkeit prüfen und Mitarbeiter*innen im Bezirksamt zu schulen, dass das Geld künftig auch da ankommt, wo es Mädchen und Frauen zugutekommt.

ESSBARE STADT

Bienen lassen Menschen leben

„Wenn die Biene von der Erde verschwindet, dann hat der Mensch nur noch vier Jahre zu leben“. Ob Albert Einstein dies sagte, ist umstritten. Tatsache ist, Bienen üben über ihre Bestäubungsleistung großen Einfluss auf den Ertrag der Landwirtschaft aus. Dreiviertel aller Kultur- und Nutzpflanzen in Europa werden so bestäubt. Ohne die Bienenarbeit würden zirka 75 % geringere Erträge erzielt, die Vermehrung mancher Pflanzen wäre unmöglich, sie würden aus der Landschaft und deren Produkte von unseren Speiseplänen verschwinden oder wären unbezahlbar.

Obstbäuer*innen sind heute schon darauf angewiesen, Imker*innen zu bezahlen, damit ausreichend Bestäuberinnen in die Plantagen kommen. Wildbienen sind inzwischen flächendeckend vom Aussterben bedroht. So ist unverstänlich, dass die Landwirtschaft selbst durch Pestizide und blütenarme Monokulturen zu diesem Bienensterben beiträgt. Allein der wirtschaftliche Nutzen von Bienen durch die Bestäubung beträgt mehr als 250 Mrd €/Jahr. Unberücksichtigt sind dabei die Tausende von Arbeitsplätzen, die mit landwirtschaftlicher Produktion und Verarbeitung zusammenhängen.

Urbane Imkerei

Seit einigen Jahren wird die Bienenhaltung in Städten intensiviert. In Gemeinschaftsgärten, Gartenarbeitsschulen und auf dem Dach des Bundestages leben inzwischen Bienenvölker. Seit 2010 ist eine Zunahme der aktiven Imker*innen insbesondere im urbanen Raum zu beobachten. Da bis 2050 etwa 70 %



In emsiger Kleinarbeit sammeln Bienen und Hummeln Nektar als Nahrung und sorgen dabei ganz nebenbei für die Bestäubung vieler Pflanzen. Foto: Christian Hoffmann

der Weltbevölkerung in Städten leben werden, kann urbane Imkerei einen wichtigen Beitrag zum Bienenhalt leisten.

Es werden zwei Arten von Imkerei unterschieden: die Honigproduktion und die Imkerei unter veganen Gesichtspunkten zum Arterhalt ohne Entnahme von Bienenprodukten.

Die Vorteile der städtischen Honigproduktion sind offensichtlich. Urbane Pflanzenvielfalt formt einen geschmacksintensiven Honig, der sich von jenem aus ländlichen Monokulturen unterscheidet. Städtischer Blütenreichtum (z.B. Kastanie, Linde, Robinie) bietet ein kontinuierliches Angebot an Nektar. Das gute Nahrungsangebot und die

fehlenden Pestizide wirken sich positiv auf die Bienengesundheit aus. Bienen sammeln Nektar aus jungen Blüten, die nicht durch Luftschadstoffe belastet sind. In Landhonig wurden dagegen schon verschiedene Pestizide nachgewiesen.

Bienenweiden für die Stadt

Um der Nahrungsverknappung für Bienen durch mehr Bienenvölker in der Stadt vorzubeugen, sollten Imker*innen Bienenweiden anlegen. Blumenwiesen anstelle von Rasenflächen sparen Arbeit und der EU werden liegen gelassen. Sie sind eine ideale Unterstützung für Bienen.

Auch von städtischer Seite müssen endlich Taten folgen. Seit Jahren werden mehr Straßenbäume

gefällt als neu gepflanzt. Die Kampagne „10000 Stadtbäume für Berlin“ ist nichts als Papier geblieben. Fassaden- und Dachbegrünung mit geeigneter Pflanzenauswahl ist genauso wertvoll, wie die Gestaltung öffentlicher Flächen als „Essbare Stadt“ und die Bepflanzung von Balkonen und Baumscheiben als Bienenweiden. Dies kommt Mensch und Bienen zugute.

Christian Hoffmann

Wie sehen Ihre Erfahrungen mit Bienenhaltung oder der Schaffung bienenfreundlicher Lebensräume aus? Der Autor freut sich über Berichte:

christian.hoffmann@umweltconsulting.biz

NEUKÖLLN BRAUCHT ENDLICH EIN KONZEPT FÜR MEHR KLIMASCHUTZ

Die Rettung der Welt beginnt im Kleinen

Klimaschutz war in den vergangenen Monaten oft ein wichtiges Thema bei globalen Verhandlungen: In Paris haben sich 195 Staaten im Dezember letzten Jahres auf einen globalen Klimavertrag geeinigt, im April 2016 wurde er bereits von 175 Staaten – darunter die USA, China und Deutschland – unterzeichnet. Das wichtigste Ziel des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens ist es, die globale Erwärmung auf „deutlich unter 2 Grad“ (wenn möglich sogar auf 1,5 Grad) zu begrenzen.

Damit hat sich die Welt einstimmig und verbindlich für Klimaschutz ausgesprochen. Nicht nur für reiche Industrieländer wie Deutschland bedeutet dies einschneidende Veränderungen. Die Bundesregierung

will noch dieses Jahr im nationalen Klimaschutzplan 2050 festschreiben, wie sie die CO2-Emission um 80 bis 95 % reduzieren will. Damit Kommunen ihre Kieze behutsam energetisch sanieren können, gibt der Bund viele Millionen Zuschüsse. Damit kann effizient und gleichzeitig günstig neu gebaut werden und mehr erneuerbare Energien können genutzt werden.

Nach etlichen Anläufen hat nun auch das Land Berlin endlich ein Energiewendegesetz. Demnach sollen unsere Emissionen bis 2050 um 85 % Prozent reduziert werden. Damit befinden sich die Klimaschutzziele Berlins im unteren Bereich der nationalen Ziele: Für eine Vorbildfunktion reicht das nicht! Aber immerhin passiert etwas und vielleicht

schafft es der rot-schwarze Senat ja noch, das versprochene „Berliner Energie und Klimaschutzprogramm“ zu beschließen.

Und in Neukölln? Auch hier ignorieren SPD und CDU das wichtige Thema Klimaschutz; finanzielle Förderungen vom Bund und der EU werden liegen gelassen. Dabei zeigen andere Bezirke mit Klimaschutzbeauftragten, Klimamaschutzzentren, Klimawerkstätten, Klimaspaziergängen und vielen weiteren geförderten Aktivitäten, wie es gehen könnte. In Neukölln wurde der grüne Antrag zur Erstellung eines Klimaschutzkonzeptes von SPD/CDU abgelehnt, da er „nichts bringe“. Dabei ist

ein Klimaschutzkonzept der erste Schritt, um Klimaschutz professionell anzugehen. Und nur wer ein Konzept hat, darf an die vielen Förderprogramme. Georg Kössler, grüner Direktkandidat in Neukölln für das Berliner Abgeordnetenhaus, ist deshalb sauer: „Bei steigenden Energiepreisen kann es sich gerade Neukölln nicht leisten, viel Geld für Klimaschutz einfach liegen zu lassen. Neukölln als mittlere Großstadt steht beim Klimaschutz mit in der Pflicht.“

Timm Büchner, Christian Kölling AG Klima



Mit mehr Bäumen, Grünflächen und Bienen wächst Neukölln grün!

Mit uns gibt es mehr Grün: Wir wollen für jeden gefällten Baum eine Neupflanzung – und zwar in der Nähe des gefällten Baumes. Außerdem wollen wir die Begrünung von Fassaden und Dächern sowie die Bienenhaltung in Neukölln fördern. Denn sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz und zur Artenvielfalt.

FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE ERNÄHRUNGSPOLITIK

Regional ist lecker!

Ende April gründete sich der »Ernährungsrat Berlin für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik in der Region« – ein breites Bündnis, das für einen zukunftsfähigen Wandel des Ernährungssystems in der Region arbeiten will, um es sozial und ökologisch gerechter zu gestalten. Denn wie unser Essen produziert, verteilt und verwertet wird, können wir auf lokaler Ebene mitgestalten. Dafür sollen stadt- und regionalpolitische Handlungsspielräume genutzt werden. Der Ernährungsrat ist offen für alle, die sich für gute Lebensmittel und eine zukunftsfähige Landwirtschaft einsetzen wollen. Wir sprechen mit Christine Pohl, der Koordinatorin des Ernährungsrats.

Die Zukunft des Essens liegt in unseren Händen. Stimmt das?

Dort sollte sie auf jeden Fall liegen! Unser globales Ernährungssystem ist an den Interessen großer Konzerne ausgerichtet – doch Essen geht uns alle an. Es ist Zeit, die Kontrolle über unser Essen wieder in unsere Städte zu holen! Du bist eine der Sprecherinnen des Berliner Ernährungsrates, der sich am 22. April gegründet hat. Was ist denn ein Ernährungsrat und was hat Dich motiviert, Dich zu engagieren? Ernährungsräte sind Plattformen der Begegnung, in denen Akteur*innen des regionalen Er-

nährungssystems zusammenkommen, um vor Ort die Ernährungs- und Agrarwende voranzutreiben. Ich habe den Ernährungsrat Berlin mit angestoßen, weil wir ohne zukunftsfähige regionale Ernährungssysteme auch keine globale Gerechtigkeit erreichen können. Was ist das Ziel des Berliner Ernährungsrates? Unser Ernährungssystem ist weder nachhaltig noch gerecht – das wollen wir ändern! Wir wollen Strategien für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik entwickeln. In einer gemeinsamen Vision klären wir, welche Zielvorstellungen uns leiten – also wie zum Beispiel

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...ist ein Dorf und man findet an jeder Ecke etwas anderes.“
Belen, 26 Jahre

Wir wollen Strategien für eine zukunftsfähige Ernährungs- und Landwirtschaftspolitik entwickeln. In einer gemeinsamen Vision klären wir, welche Zielvorstellungen uns leiten – also wie zum Beispiel

die Landwirtschaft und Verarbeitung von Lebensmitteln aussehen soll, welche Rolle Stadt- und Regionalplanung spielt und welche Marktstrukturen wir brauchen. In den nächsten Monaten werden wir gemeinsam erarbeiten, welche konkreten Handlungsansätze es gibt und welche Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, damit unsere Vision Wahrheit werden kann. Muss die Berliner Politik eurer Meinung nach hierfür eine aktivere Rolle einnehmen? Die Politik muss die geeigneten Rahmenbedingungen schaffen. Bisher gibt es in der Berliner Senatsverwaltung aber keine Abteilung für Ernährung, das Thema wird in verschiedenen Politikbereichen eher am Rande mit behandelt. Ernährung ist aber ein komplexes Thema, das in allen Politikbereichen mitbe-



Der Wahlkampf steht bevor. Grund genug, zurückzuschauen auf das, was die letzten Jahre Opositionsarbeit gebracht haben. Karneval der Kulturen gerettet: Senatorin Kolat hat die Situation in der Werkstatt der Kulturen an die Wand fahren lassen und damit den Karneval der Kulturen fast um die Existenz gebracht. Nach den schrecklichen Anschlägen vor 20 Jahren in Mölln, Rostock etc. als Demonstration für Multikulturalität entstanden, brauchen wir den Karneval jetzt wieder so sehr wie lange nicht. Ich habe den Protest und die Rettungsaktionen politisch vorbereitet und im Parlament unterstützt. 2016 ist erst mal gut aufgestellt.

Mit dem „Masterplan für Integration und Sicherheit“ setzt sich die Planlosigkeit des Senates in der Integrationspolitik fort. Er ist nicht mehr als die Besandsaufnahme dessen, was zum größten Teil die Migrantenorganisationen, Kirchen und Verbände an Maßnahmen entwickelt haben. Auf dieser Grundlage könnten jetzt Steuerung und Nachbesserung losgehen. Stattdessen wird uns die Bestandsaufnahme schon als Plan verkauft. Entwicklung und Vernetzung bleibt allein der Zivilgesellschaft überlassen. Wozu brauchen wir eine Integrations-Senatorin? Zum „Migrationspolitischen Frühjahrsempfang“ der Fraktion hatte ich in diesem Jahr unter dem Titel „Arbeit der Migrantenorganisationen“ eingeladen. Sie haben eine Brückenfunktion zwischen Herkunftsland und Berlin, sie kennen die Tücken der Bürokratie und wissen, was zu guten Ankommen nötig wäre. Aber ihr Expert*innenwissen wird vom Senat nicht abgerufen und die Förderpolitik ist undurchsichtig. Beim Empfang war das Haus voll: Wer gut zusammen arbeitet, feiert auch gern gemeinsam.

Und sonst? Mein drittes Gespräch mit Moscheen, Stadtplaner*innen und Friedhofsverwaltung hat stattgefunden. Meine Anträge, für die Stadtteilmütter eine berufliche Perspektive zu entwickeln, wurden abgelehnt. Leider. Sie werden von der Senatorin vorgeschickt, wo ihr sonst nichts einfällt. Eine berufliche Perspektive für sich selber erwächst daraus aber nicht.

Susanna Kahlefeld

ÜBERFÜLLT UND UNTERFINANZIERT

Es gibt zu wenig Platz in Berlins Frauenhäusern. In vielen Fällen kann in Berlin wegen Geldmangels kein Schutz gewährleistet werden, obwohl dies kein „nice to have“ sondern eine Pflichtaufgabe des Landes ist.

Nach Angaben der zentralen Hotline der Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen konnte im vergangenen Jahr bei knapp 1900 Anrufen von hilfesuchenden Frauen keine Unterkunft in einem Frauenhaus vermittelt werden. Das sind rund 500 Fälle mehr als im Vorjahr. Doch diese für mich alarmierenden Zahlen kümmern die zuständige Senatorin Kolat (SPD) wenig. Seitdem sie im Amt ist, behauptet sie einfach, die Zahlen stimmen nicht und sind von den betroffenen Frauenhäusern künstlich hochgerechnet, um die Situation schlimmer dazustellen, als sie ist.

Im laufenden und im nächsten Jahr gibt die Senatsverwaltung insgesamt 7,4 Millionen Euro für die Hilfesysteme bei Gewalttaten in Familien aus. Die 326 Plätze in Frauenhäusern, deren Adressen zum Schutz der Frauen geheim sind, werden pauschal mit jeweils rund 9000 Euro im Jahr finanziert. Das reicht nicht für eine tarifgerechte Bezahlung des Personals. Durch den Zuzug vieler Flüchtlingsfrauen im Vorjahr und durch das starke Wachstum der Stadt gibt es einfach mehr Bedarf, der nicht abgedeckt werden kann.

Uns ist es nicht egal, was aus den Frauen wird. Deshalb haben wir zum Internationalen Frauentag am 8. März einen Antrag ins Abgeordnetenhaus eingebracht, der die einzig richtige Antwort gibt: Die Eröffnung eines weiteren Frauenhauses in Berlin. Außerdem muss der gute Ansatz des Projekts NeuRaum, das Frauen aus Frauenhäusern schneller in Wohnungen unterbringen soll, deutlich ausgebaut werden. Die geplanten 22 Wohnungen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die zuständige Senatsverwaltung muss endlich ihre Blockade aufgeben und sich der Realität stellen. Bisher hat man den Eindruck, dass für die Senatorin der Zuzug von geschätzt 40000 Menschen jährlich nur aus Männern besteht und Personen, die keine Frauen sind. Anders lässt sich dieses Versagen wirklich nicht mehr erklären.

Anja Kofbinger

Ernährungssystem bereitstellen – physische und partizipative. Und bezirkspolitische Handlungsfelder ausloten und ausschöpfen – konkrete Vorschläge dazu wird der Ernährungsrat in den nächsten Monaten entwickeln.

Das Interview führte Sibylle Steffan

Weitere Informationen unter www.ernaehrungsrat-berlin.de

Sibylle Steffan ist wissenschaftliche Referentin für ländliche Räume, Regionalentwicklung und Wirtschaftsstruktur im Bundestag und Sprecherin der grünen Landesarbeitsgemeinschaft Europa. Sie tritt an für den Wahlkreis 4. Mehr unter gruene-neukoelln.de/steffan



DIREKTE DEMOKRATIE STÄRKEN

Volksentscheid retten jetzt!

Anfang 2015 wurde das Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Felds im Eilverfahren durch die rot-schwarze Koalition geändert – gerade mal anderthalb Jahre nach dem erfolgreichen Volksentscheid dazu. Die Botschaft dahinter: Nicht nur der ThF-Volksentscheid ist in Gefahr, sondern Volksentscheide als Instrumente unserer Demokratie in Berlin an sich. Die Reaktion darauf: ein neuer Volksentscheid. Wir sprachen mit Kerstin Meyer von der Initiative „Volksentscheid retten“.

FÜR MICH IST NEUKÖLLN:

„...mein Zuhause.“
Inge, 75 Jahre

Ihr ruft auf, den Volksentscheid zu retten – soll er denn abgeschafft werden? Faktisch ja. Wer lässt sich denn noch auf ein Volksbegehren ein, sammelt

noch 180000 Unterschriften, wenn ein gewonnener Entscheid am Ende die Regierung nicht mal für zwei Jahre bindet? Eine Gesetzesänderung kann im Abgeordnetenhaus so schnell gehen, das kriegen viele gar nicht mit. Der Gesetzgebungsprozess über einen Volksentscheid dauert hingegen knapp zwei Jahre. 1,2 Millionen beteiligten sich an der Abstimmung zum Tempelhofer Feld, 740000 stimmten für den Erhalt. Wenn aber 80 Abgeordnete von SPD und CDU das so einfach aushebeln können, dann sagen viele

zu Recht: „Wie kann das gehen? Das ergibt doch keinen Sinn!“ Und wie kann man den Volksentscheid retten?

Indem die Verbindlichkeit von Volksentscheiden in der Verfassung festgelegt wird. Die Situation, dass das Parlament ein per Volksentscheid beschlossenes Gesetz ändert, ist dort aktuell überhaupt nicht geregelt. Hamburg ist weiter: Dort ist für diesen Fall ein Einspruchsreferendum für die Bürger*innen vorgesehen. Das ist auch der Kern von „Volksentscheid retten“: Das Abgeordnetenhaus kann die Änderung eines Volksentscheids zwar beschließen, aber die Bürger*innen können innerhalb von vier Monaten mit 50000 Unterschriften einen Entscheid über den Änderungsvorschlag erzwingen. Damit haben sie das letzte Wort darüber. Für den Fall Tempelhofer Feld heißt das: Wenn „Volksentscheid retten“ gewinnt, dann kann die Regierung weitere Änderungen des ThF-Gesetzes nicht wie geschehen an den Bürger*innen vorbei beschließen.

Aber das ist ja nur das jüngste Beispiel. Denn die große Koalition hat Volksentscheide in den letzten Jahren systematisch behindert, z.B. den zu Energie aus taktischen Gründen nicht auf den Termin der Bundestagswahl gelegt und beim Mietenvolksentscheid die formale Prüfung so verschleppt, dass der angestrebte Termin Abgeordnetenhauswahl nicht mehr zu erreichen war. Unser Gesetzentwurf schließt auch diese Regelungslücken.

Was ist eigentlich der Stand zum ThF-Gesetz? Ist es jetzt komplett gekippt?

Anja Kofbinger



Der Senat wollte im Dezember ziemlich genau die Baufelder aus dem alten, abgelehnten Masterplan wieder einrichten. Auf diesen Vorstoß hin gab es viel Protest, gegen die Missachtung des Volksentscheids und gegen die Ausweitung der Massenunterkunft für Geflüchtete in den Hangars. Das hat auch gewirkt. Am Ende haben SPD und CDU zwar das ThF-Gesetz geändert, aber damit nur auf weiteren ca. 12 ha Baurecht ermöglicht. Das Lager ist nicht wie angekündigt auf 7000 Plätze erweitert worden, dort leben aber immer noch über 2000 Menschen, ohne Perspektive, ohne Privatsphäre und mit eingeschränkten Rechten. Warum letztlich das ThF-Gesetz geändert werden musste, bleibt ein Geheimnis von SPD und CDU. Aber die Botschaft ist klar: „Wir ändern einen Volksentscheid, wenn es uns passt“.

Warum muss es jetzt so schnell gehen?

Ein verfassungsändernder Volksent-



Mit einem nachhaltigen Konzept den Klimaschutz in Neukölln intelligent vorantreiben!

Wir wollen ein Klimaschutzkonzept für Neukölln entwickeln. Dadurch schaffen wir die Grundlage für intelligenten und nachhaltigen Klimaschutz und holen Fördergelder des Bundes nach Neukölln. So wollen wir zum Beispiel alle Schulen auf geförderte LED-Lampen umrüsten. Kleine Investitionen führen zu großen Einsparungen und schützen das Klima.

NEUKÖLLN OHNE SPÄTIS? UNVORSTELLBAR!

I love my Späti – jeden Tag

Spätis gehören zu Berlin wie die Currywurst und der Fernsehturm. Wenn immer mehr von ihnen verschwinden, weil sie nicht mehr genug erwirtschaften können, um sich und ihre Familien mit ihrer Arbeit zu ernähren, verschwindet auch ein vitales Stück Kiezkultur. Das muss verhindert werden.

Das Verkaufsverbot an Sonn- und Feiertagen bedroht viele Spätkauf-Besitzer*innen in ihrer Existenz. Sie werden von einigen Polizist*innen kontrolliert und bei Verstößen folgt ein saftiges Bußgeld. Allein in Neukölln hat ein Polizist fast im Alleingang letztes Jahr Geldbußen von ca. 70000 € verhängt. Mit Späti-Betreiber*innen, Polizei, Ordnungsdienst und Industrie- und Handelskammer haben wir bei unseren grünen Späti-Dialogen darüber gesprochen, wie das Problem gelöst werden könnte. Die Neuköllner Bürgermeisterin Giffey (SPD) verweist nur auf die bestehende Rechtslage und fügt süffisant hinzu, wer diese ändern wolle, könne sich gerne mit Kirchen und Gewerkschaften anlegen.

Es ginge auch ohne Gesetzesänderung

Wir bezweifeln, dass dies notwendig ist. Stattdessen fordern wir, eine Definition von Spätis in die Erläuterungen des Berliner Ladenöffnungsgesetzes aufzunehmen, damit sie nicht behandelt werden wie ein normaler Einzelhandel oder Supermarkt. Ein entsprechender Antrag wurde von uns ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Darin fordern wir den Senat auf, dies umgehend zu tun und darüber hinaus zu prüfen, ob für Spätis nicht auch die Regelung zum Tourismusbedarf oder einem „besonderen Bedarf“ gelten, die eine Sonntagsöffnung für bestimmte Läden ermöglicht. Interessanterweise gibt es schon einige Sonderregelungen, z.B. für Grill- und Brezelboote auf den großen Seen. Nicht zu vergessen sind Tankstellen und Bäckereien, die ebenso wie die Gastronomie ganz selbstverständlich jeden Tag öffnen dürfen.

Die Spätis wehren sich

Besonders erfreulich ist, dass durch diesen unschönen Streit eine Politisierung der Späti-Besitzer*innen weit über Neukölln hinaus stattfand. Sie haben im April den Berliner Späti e.V. (gruenlink.de/168j) gegründet und sind jetzt ein ernstzunehmender politischer Player geworden, der seine Interessen selbstbewusst vertritt. Es war mir eine große Freude, bei der Eröffnungsveranstaltung eine Rede halten zu dürfen. Dort war auch der Polizist vertreten, der die ganze Sache ins Rollen gebracht hatte. Er saß friedlich mit mir am Tisch und wurde sehr herzlich von Alper Baba, einem Sprecher des Berliner Späti e.V., begrüßt. Von beiden Seiten gab es eindeutige Friedensbekundungen und den Austausch von Freundlichkeiten. Zumindest zwischenmenschlich deutet sich also eine Lösung an. Als man ihm ein Ein-



trittsformular auf den Tisch legte, lehnte er jedoch ab. Soweit geht das Verständnis dann doch nicht.

Bleibt nur zu hoffen, dass auch auf Senatsebene ein Umdenken einsetzt. Nun liegt es an der rot-schwarzen Koalition und der zuständigen Senatorin Dilek Kolat (SPD), Späti-Läden mit anderen sonntags geöffneten Verkaufsstellen gleichzusetzen. Das wäre nur fair.

BERLIN UND NEUKÖLLN BRAUCHEN EINE NEUE KULTUR DER BETEILIGUNG

Mehr Mitbestimmung wagen!

Höchste Zeit für eine neue politische Kultur

In der Tat: Neukölln ist weit entfernt von einer politischen Kultur, für die Bürger*innenbeteiligung selbstverständlich ist, die Anwohner*innen ernst nimmt und echte Mitbestimmung ermöglicht. SPD und CDU haben nicht verstanden, dass die Zeiten von Bastapolitik und Durchregieren endgültig vorbei sind. Regieren bedeutet heute, die eigenen Positionen im Dialog mit den Menschen weiterzuentwickeln, unterschiedliche Interessen anzuerkennen und für einen gerechten Ausgleich zu sorgen. Natürlich sind auch guter Beteiligung Grenzen gesetzt. Nicht alles, was wünschenswert ist, ist bei

geltendem Baurecht oder finanziell machbar. Und nur selten gelingt es am Ende, alle Interessenkonflikte aufzulösen und es sämtlichen Beteiligten recht zu machen. Das kann aber kein Argument dafür sein, dass die Berliner*innen regelmäßig darum kämpfen müssen, dass ihre Stimmen überhaupt gehört werden. Sie wollen ihre Stadt mitgestalten und das ist gut: denn Bürger*innenbeteiligung und direkte Demokratie ergänzen und bereichern die parlamentarische Demokratie.

Grüne Ideen für gute Beteiligung

Andere Städte und Bundesländer machen vor, wie es funktionieren kann: mit Mindeststandards und verbindlichen Rahmenbedingungen in Beteiligungsverfahren, damit alle wissen, woran sie sind. Wir Grüne nennen das „Stadtvertrag Beteiligung“. Wir wollen ein neues Transparenz- und Informationsfreiheitsgesetz – damit die Verwaltung nicht erst auf

Nachfrage, sondern von sich aus über öffentliche Planungsvorhaben informiert. Und wir möchten eine zentrale Plattform im Internet schaffen, auf der sämtliche Bauprojekte und -maßnahmen zu finden sind, frühzeitig und immer aktuell. In den Bezirken wollen wir eigene „Beteiligungsbeauftragte“, die alle Verfahren begleiten und den Menschen als Ansprechpersonen zur Verfügung stehen.

Auch Berlins direkte Demokratie kann noch besser werden: indem wir Volksentscheide mit Wahlen zusammenlegen und die Trickserei des Senats bei Abstimmungsterminen beenden oder indem wir den Berlinerinnen und Berlinern die Mit-

Der Beschluss „Stadtvertrag Beteiligung – zuhören, beteiligen, demokratisch mitentscheiden“ unseres Landesparteitag ist hier zu finden: gruenlink.de/168l

sprache erleichtern, wenn der Senat einen erfolgreichen Volksentscheid per Gesetz kassiert (wie beim Tempelhofer Feld). Ob beim Berliner Wasser, beim Stromnetz, zum Thema Mieten oder mit dem aktuellen Radentscheid: die Berliner*innen haben in den letzten Jahren viel bewegt. Die Stadt braucht endlich eine Regierung, die in mehr Beteiligung und Demokratie keine Gefahr sieht, sondern eine Chance.

Daniel Wesener

Daniel Wesener ist seit 2011 Landesvorsitzender der Berliner Grünen und gehört für die Wahl zum Abgeordnetenhaus zum vierköpfigen grünen Spitzenteam. Sein Schwerpunktthema ist soziale Stadtentwicklungspolitik. Er tritt an für den Wahlkreis 6. Mehr Infos unter gruene-neukoelln.de/wesener



Anja Kofbinger ist Vermessungstechnikerin und Projektmanagerin. Sie ist seit 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses, ihre Schwerpunktthemen sind Frauen- und Queerpolitik. 2011 wurde sie direkt gewählt im Wahlkreis 1, für den sie erneut antritt. Mehr Infos unter gruene-neukoelln.de/kofbinger



DAS DIGITALE HELFERLEIN

Backup leicht gemacht

Irgendwann kommt er, der Zeitpunkt, an dem ein Backup kaputt geht oder eine Ransomware die Festplatte verschlüsselt. Dann sind die Daten futsch. Oder? Nicht wenn man vorher ein Backup gemacht hat. Leider gelten Backups aber immer noch als der Klotz am Bein bei der Nutzung eines Computers. Doch das ist Quatsch.

Ein schlichtes Kopieren der relevanten Daten auf eine externe Festplatte reicht schon aus, um

zumindest bei einem Versagen der Festplatte nicht mit leeren Händen da zu stehen. Wenn man dann noch den Datenträger, auf den man die Daten schubst, nach dem Kopieren vom Computer trennt, können auch die momentan kursierenden Verschlüsselungstrojaner (Ransomware) nicht an die Daten ran. Ganz einfach also. Und dabei ist das hässliche Kopieren schon die komplizierteste Variante.

Vom Backup bekommt man kaum noch etwas mit, wenn man eine Backup-Software einsetzt. Und neben vielen kommerziellen

Lösungen gibt es auch in diesem Bereich eine großartige Open-Source-Lösung. Das Projekt Duplicati (www.duplicati.com) stellt ein Tool bereit, mit dem ein Backup simpel und schnell eingerichtet und die Sicherungsdateien direkt bei einem der vielen Onlinedienste abgelegt werden, wo man inzwischen gratis Speicherplatz bekommt. Und das automatisch und angemessen stark verschlüsselt, um die Diensteanbieter nicht mehr persönliche Daten auswerten zu lassen, als wirklich nötig ist.

Kalle Erlacher



GRÜNE TREFFEN

Die Neuköllner Grünen treffen sich **jeden zweiten Dienstag** um 19 Uhr in der Berthelsdorfer Str. 9 (U-Bahnhof Karl-Marx-Straße hinter der Passage). Zur Diskussion stehen bezirks-, landes- und bundespolitische Themen.

Termine und Tagesordnung stehen (meist) einige Tage vorher im Internet unter www.gruene-neukoelln.de. Die Treffen sind öffentlich, auch Nichtmitglieder, die sich für grüne Politik im Bezirk interessieren, sind herzlich willkommen!